H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 126
September | Oktober 2010
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



»AUTONOME NATIONALISTEN«

SEITE 3

NAZIS

SCHWERPUNKT

»AUTONOME NATIONALISTEN«

BRAUNZONE

INTERNATIONAL

FOTOS

Bildarchiv **DER**RECHTE**RAND** - S. 4
Robert Andreasch - S. 6

EDITORIAL

»Alle wissen, Sarrazin hat Recht«, prankt in dicken Lettern auf der Website der NPD. Auch Aufkleber mit dem Spruch haben die Neonazis schnell gedruckt. »Endlich wagt es ein Systempolitiker, das heiße Eisen Überfremdung anzupacken«, freut sich die Partei wenige Tage nach dem Erscheinen des skandalösen Buchs »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin. Die rassistischen und biologistischen Thesen des Vorstandsmitglieds der »Deutschen Bundesbank« lösten in der extremen Rechten Jubel aus. Seine Äußerungen in der Presse über ein vermeintlich »jüdisches Gen« und seine Attacke auf den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des »Zentralrates der Juden« Michel Friedman (»Arschloch«) taten ihr Übriges, um Sarrazin zum Star der Rechten zu machen. Bei »Facebook« gründete sich eine Gruppe »Sarrazin statt Muezzin!« und die »Junge Freiheit« ernannte ihn zum »Propheten einer Wende« (Nr. 36/2010). Engagiert stürzten sich vor allem die »Neu-Rechten« vom »Institut für Staatspolitik« und der »Edition Antaios« auf das Thema. Denn Sarrazins Buch bot ihnen den willkommenen Anlass, ihrem ansonsten meist etwas verschämt vorgetragenen Rassismus und Sozialdarwinismus unter Berufung auf den Bundesbanker einmal ungehemmt freien Lauf zu lassen. Das Buch werde die Integrationsdebatte dauerhaft verändern, erklärte Götz Kubitschek von der »Edition Antaios« gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« und freute sich: »Wir werden mit hochgespült.« Sein brauner Kleinstverlag hatte bereits 2009 eine schmale Broschüre mit dem Titel »Der Fall Sarrazin – Eine Analyse« veröffentlicht. Als nun der Medienrummel um Sarrazins Buch los ging, schnellten auch die Verkaufszahlen dieser Broschüre mit in die Höhe. Beim Online-Buchhändler »Amazon« kletterte der Titel in wenigen Tagen auf Verkaufsrang 17 (02.09.2010)!

Sarrazin bedient mit seinen Äußerungen gekonnt die Ressentiments des Stammtischs gegen MigrantInnen und an den Rand gedrängte Menschen. Zum ertragreichen Verkaufsschlager werden seine Thesen, da es ihm im Gegensatz zur militanten Naziszene gelingt, ihnen einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen und sie mit geschliffenen Worten in einem seriösen Buchverlag vorzutragen – der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft wird so Wasser auf die Mühlen der Neonazis.

Schwerpunkt dieser Ausgabe von **DER**RECHTE**RAND** ist das Thema »Autonome Nationalisten« (AN). Wir wollen damit neben einer Bestandsaufnahme und der genaueren Definition des Phänomens vor allem Einschätzungen vornehmen, ob das Konzept der AN tatsächlich erfolgversprechend und für die Neonaziszene zukunftsweisend ist. Die Einschätzungen darüber gehen auseinander, das Fazit muss differenziert ausfallen. Denn die Situation in einem Ballungsraum wie Nordrhein-Westfalen gestaltet sich anders als beispielsweise im ländlich geprägten Thüringen.

DERRECHTE**RAND** ist seit kurzem Mitglied des Internetportals »Linksnet« (www.linksnet.de), einem Kooperationsprojekt von über 40 Zeitschriften und Netzwerken für Politik und Wissenschaft. Einige ausgewählte Artikel unserer Zeitschrift werden dort in Zukunft veröffentlicht. Auch das »Antifa Infoblatt« oder die »ZAG – antirassistische Zeitschrift« sind an dem Projekt beteiligt. Reinschauen lohnt sich!

Last but not least möchten wir auf das »Antifaschistische Familientreffen« (1. bis 3. Oktober, Kassel) hinweisen. Gemeinsam mit anderen antifaschistischen Projekten wollen wir Menschen mit Recherche- und Bildungserfahrung, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und antifaschistische AktivistInnen zusammenbringen, um die in unseren Strukturen erarbeitete Expertisen, Erfahrungen, Methoden, Konzepte und Ergebnisse zu sichern und weiterzuentwickeln. Das Programm und ein Anmeldeformular gibt es unter www.manometer-familientreffen.org. Um rasche Anmeldung wird gebeten!

TERMINE

Nächste **DER**RECHTE**RAND**-Ausgabe:
Anfang November 2010.
Redaktionsschluss: 10.10.2010.

Wir bitten um Unterstützung für die in Russland inhaftierten Antifaschisten Aleksej Gaskarow und Maxim Solopow.
Näheres unter: http://khimkibattle.org
Spenden auf folgendes Konto:
A. Hoffmann | Kto.-Nr. 408352201
Postbank Hamburg | BLZ 20010020
Stichwort: Russland

Angekommen

Normalität im nordwest-mecklenburgischen Jamel

Eine schmale Straße führt zu dem kleiner Weiler. Am Dorfeingang von Jamel weist ein Holzpfahl mit Wegweisern in Frakturschrift auf die Entfernung einschlägiger Orte hin: »732 Kilometer bis Königsberg«. Mitten in der Ansiedlung liegt ein Findling: »Dorfgemeinschaft Jamel – Frei Sozial National«. Keine hohle Propaganda des hier tonangebenden Neonazis Sven Krüger, erfolgreicher Kleinunternehmer mit einer Abrissfirma und Kommunalpolitiker der NPD.

Von Andreas Speit und Andrea Röpke

Am 14. August 2010 kamen fast an die 400 Neonazis von NPD-Honoratioren bis zu Kameradschafts-Persönlichkeiten in den kleinen mecklenburg-vorpommerischen Ort mit seinen etwa 40 Einwohnern. Die Krügers hatten geladen: »Wir heiraten: Sven & Netti.«

Auf der Bundesstraße 105 zwischen Wismar und Grevesmühlen beobachtete die Polizei die Anreise. Schon am Vormittag war das Paar im Standesamt von Grevesmühlen, um sich »nach geltendem Recht trauen zu lassen«, wie es auf der Website »MUPINFO« von David Peterreit, Mitarbeiter des NPD-Landtagsabgeordneten Birger Lüssow, heißt. Politisch im rechten Geist korrekt wird dort weiter berichtet, was für die Szene an diesem »Tag« entscheidender ist: »Am Nachmittag fand [...] die Eheleite im Freundes- und Familienkreis statt.« Soviel Traditionsbewusstsein musste sein, so durften denn auch Blasmusik und Volkstanz nicht fehlen. Auf »MUPINFO« witzelt später das Ehepaar, auch ein »großes Dankeschön an« das »Innenministerium dafür, dass sie unsere Ehe nicht sofort als kriminelle Vereinigung verboten hat, was wohl nicht bloß als eine Anspielung auf die Kontrollen am Hochzeitstag zu verstehen ist. .

Denn zwei Tage vor der Hochzeit nahm die Polizei Sven Krüger kurzfristig fest und durchsuchte in Grevesmühlen das »Thing-Haus« und in Jamel sein Privathaus. Der Grund: Unbekannte hatten in der Region Plakate geklebt, auf denen Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU) verunglimpft wurde: »Volk und Heimat sind in Not – Caffier quatscht von NPD-Verbot!«. Bei den Durchsuchungen stellten die Beamten durchlöcherte Zielscheiben mit dem Konterfei prominenter Neonazigegner sicher, wie von der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) oder der Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch. Ein Druckluftgewehr nahm die Polizei mit.

Seit Jahren berichten Anwohner »von Schüssen im Wald«, worauf Ermittlungen wegen Wehrsportübungen liefen. Rechtliche Folgen? Sie sind nicht bekannt. Bevor Krüger sich mit seiner Firma etabliert hatte, deren Logo der Spruch ziert »Jungs fürs Grobe« sowie ein Bild von einem Mann, der mit einem Hammer etwas zerschlägt, das einem Davidstern gleicht, war er schon polizeilich aufgefallen.

Bereits 1992 feierte der heute 35-Jährige mit rund 120 Neonazis im Ort Adolf Hitlers Geburtstag. Im Laufe der Feier griffen sie dabei Nachbarn an. 1996 überfiel er mit 30 Neonazis eine Kindergruppe auf einem Campingplatz. Wieder wurde er inhaftiert. Im Rahmen einer sozialpädagogischen Maßnahme flog er 2001 nach Namibia. Danach soll er gesagt haben: »Die Kaffer sind wirklich so scheiße, wie ich dachte.« In all den Jahren wurden nicht rechte Anwohner weiter bedroht, Häuser angezündet. Anwohner zogen weg, Neonazis siedelten sich an. Die meisten Häuser sollen Krüger gehören. Im alten Forsthof am Rande des Dorfes blieben jedoch die Autorin Birgit Lohmeyer und ihr Mann, der Musiker Horst Lohmeyer, wohnen.

Am Wochenende vor der Hochzeit veranstalteten die beiden auf ihrem Grundstück zum vierten Mal ein Rockkonzert für Demokratie und Toleranz. Als Schirmherr für das unkommerzielle Festival mit mehreren Bands konnten sie Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) gewinnen. Provokationen von rechts blieben bei früheren Konzerten nicht aus. In diesem Jahr sprangen am späten Samstagabend aber zwei Neonazis über die Absperrungen. »Hier rocken wir!« stand auf ihren Shirts, sie pöbelten und schlugen zu. Anlässlich des Festivals hatte Krüger wie immer zu einem Gegen-Fest geladen. Über 50 Neonazis waren angereist. Auf dem Dorfplatz hatten sie einen riesigen Feuerscheit aufgebaut. Die eiligst herbeigerufene Polizei verhinderte Schlimmeres. Bürgermeister Uwe Wandel (parteilos) denkt dennoch, dass die politisch Verantwortlichen Jamel längst aufgegeben haben. 2007 war der Innenausschuss des Landtags zu einem Ortstermin vor Ort. Mehrere Polizeistreifen seien dann da mal eine Zeitlang vorbeigekommen, heißt es. »Der Krüger hat hier doch Narrenfreiheit« sagte eine Frau aus einem Nachbarort.



Bei der Kommunalwahl 2009 zog Sven Krüger mit David Böttcher trotz allem für die NPD in den Kreistag Nordwestmecklenburg. In Grevesmühlen konnte die NPD mit 4,9 Prozent bei der Wahl sogar ihr bestes Ergebnis in ganz Nordwestmecklenburg erreichen – ohne große »Verbürgerlichung«. Lässig stellte Krüger sich bei der ersten Sitzung vor: »Ich muss ja nicht viel zu mir sagen, sie wissen alles von mir.« Böttcher hat freilich unlängst sein Mandat an den Maschinenbaustudenten Tino Streif übergeben.

Das Geschäft mit dem Abriss läuft offenbar gut. Über zehn Kameraden soll Krüger beschäftigen. Die Geschäfte laufen gar so gut, dass er in Grevesmühlen Teile einer Betonfabrik kaufen und zu dem »Thing-Haus« ausbauen konnte. Die NPD nutzt die Räume als Bürgerbüro, auf dem Gelände fand schon ein Kinderfest statt. Tim Bleis von der Opferberatung »Lobbi« betont: »Im Westen Mecklenburg-Vorpommerns versucht die NPD planmäßig ihre Verankerung auszubauen, die geringer als im Osten des Bundeslandes ist.«

Am Hochzeitstag störte der Regen die Feiernden, wie den NPD-Landeschef und Landtagsabgeordneten Stefan Köster, nicht, da ein Großzelt aufgestellt worden war. Die Band »Helle und seine Racker« rockte am Abend. Ein Mini-Feuerwerk wurde zwischendurch gezündet. 2011 will die NPD wieder in den Landtag ziehen. ■

»Vereinigung läuft«

Fusion von NPD und DVU

Eindeutig und einhellig: Auf der außerordentlichen Parteivorstandssitzung der NPD vom 21. bis 22. August 2010 nahmen die Geladenen den Entwurf des Fusionsvertrags mit der DVU »nahezu einstimmig« an. »Die beiden ältesten und größten deutschen Rechtsparteien«, versicherte NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt, werden sich »noch in diesem Jahr zusammenschließen«.

Von Andreas Speit

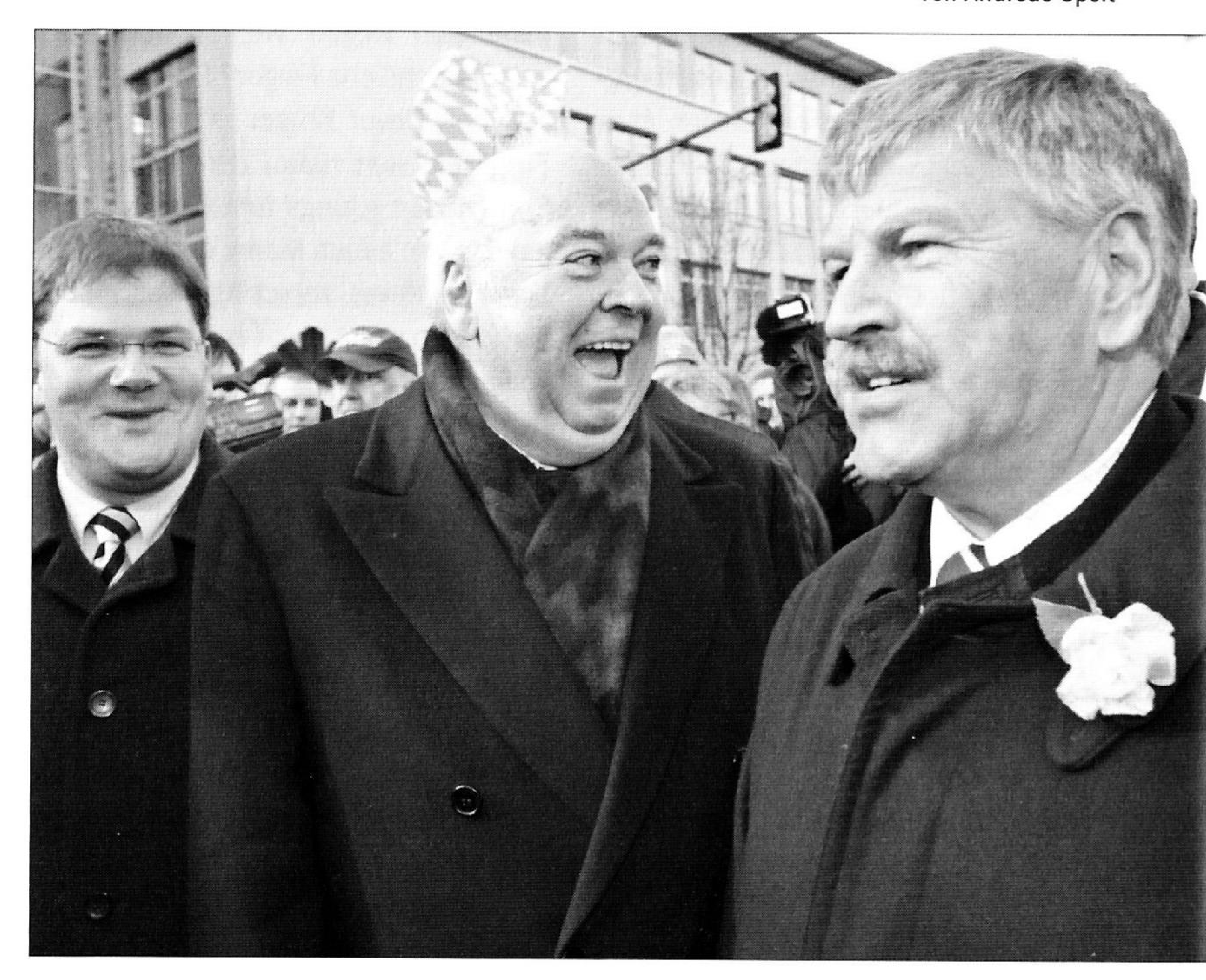
Auf dem NPD Bundesparteitag in Bamberg am 5. Juni 2010 hatte schon der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust die Vision einer vereinigten »starken ›Rechtspartei‹« verkündet. Zusammen mit Voigt erklärte er, NPD und DVU strebten eine Mitgliederbefragung zu einer Parteiverschmelzung an - eine Botschaft, die »das« Signal des Parteitags sein sollte: Jetzt gehe endlich zusammen, was zusammen gehöre. In der DVU löste der Plan jedoch Panik aus: Führende Funktionäre, der niedersächsische Vorsitzende Hans-Gerd Wiechmann, der nordrhein-westfälische Chef Max Branghofer und die schleswig-holsteinische Vorsitzende Ingeborg Lobocki versuchten über das Parteischiedsgericht Matthias Faust zu entmachten. Gerichte wurden eingeschaltet, mal war Faust noch offiziell Parteichef, mal war er angeblich vom Amt enthoben. Seit dem 4. August 2010 laufen nun gegen Wichmann, Branghofer und Lobocki Parteiausschlussverfahren wegen »parteischädigenden Verhaltens«. Auffallend: Zu keiner Phase des Machtkampfes in der DVU bezog die NPD-Führung offiziell Position. Häme und Spott waren auch nicht von anderen NPD-Funktionären groß zu hören. Vielleicht daher, dass die NPD bei der Fusion im Stillen längst nicht mehr denkt, mit einem gleichberechtigten Partner auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Die anhaltenden Mitgliederverluste der DVU, die noch etwa 4.000 Mitglieder haben soll, und ihre hohen Schulden von rund 900.000,- Euro, dürften auch Fausts Machtposition bei den Verhandlungen kaum gestärkt haben. Warum sollte über Faust da noch böse gesprochen werden, was gar ihn und die Fusionsbefürworter verstimmen könnte, darf da manch NPDler gedacht haben. In der NPD war denn auch die Zustimmung für die Fusion entsprechend groß.

Weg: Zustimmung und Fusionsvertrag

Binnen zwei Wochen Anfang Juli nahmen von den 6.800 NPD-Mitgliedern ungefähr 2.000 Parteigänger teil. Sie stimmten zu 92,47 Prozent für eine Vereinigung, allerdings nur, wenn »keine neuen Schulden entstehen« würden. Trotz der Auseinandersetzung antworteten an die 1.100 DVU-Anhänger auf das Befragungsschreiben und 90,95 Prozent von ihnen hielten eine Fusion für »sinnvoll«. In der DVU stimmten zudem 67,98 Prozent für einen neuen Parteinamen, falls es zu der Vereinigung kommen sollte. Für die Anhänger der NPD wäre dies freilich undenkbar, die Mehrheit votierte gegen eine Namensänderung. Fast einig sind sich die Befragten darüber, dass auch mit anderen Parteien und Organisationen eine Vereinigung angestrebt werden solle. Um welche Partner es sich dabei handeln könnte, ließen Voigt und Faust bislang offen. Die »Republikaner« erteilten bereits im März auf ihrem Parteitag in Hamm möglichen Fusionen eine Absage, und auch die »Pro«-Gruppen in Köln und Berlin signalisieren keinerlei Interesse.

In der Berliner Parteizentrale seien zwischen den NPD-Funktionären bei der Diskussion über den Vertragsentwurf, den zwei Anwälte ausformulierten, keine großen Dispute entstanden - glaubt man der NPD. In der Einladung hatte der Pressesprecher Klaus Beier auch betont, die Kurzberichte »kompakt« zu dem Thema zu halten und nicht jeden »Infostand oder« jedes »Einzelschicksal von Einzelschicksalen« darzulegen. Sollten so kritische Anmerkungen unterbunden werden? Die Landesvorsitzenden, welche gesondert berieten, stimmten jedenfalls geschlossen zu.

Den Inhalt des Vertragsentwurfs gab die NPD nicht bekannt. Die Mitglieder dürfen noch rätseln, wie bei der Fusion die Schulden der DVU nicht auf die NPD zurück schlagen sollen. Erst wenn der DVU-Vorstand ebenso den Vertrag abwinkt, soll er öffentlich gemacht werden. Dass die DVU-Führung doch noch Nein sagt, erwartet die NPD nicht. Neben Faust hatte auch der DVU-Bundesvize Ingmar Knopp bei einem ersten Treffen die Rahmenbedingungen mit festgelegt. Nach dem Ja der DVU, will dann die NPD am 6. oder 7. November 2010 den erforderlichen Sonderparteitag ausrichten, auf dem erst durch ein Mitgliedervotum die Fusion abgeschlossen werden könnte.



^ Noch gute Laune 2005 in Dresden beim alten Chef der DVU Gerhard Frey, Holger Apfel und Udo Voigt

Ziel: Superwahljahr 2011

NPD- und DVU-Führung hätten bewusst dieses »enge Zeitfenster« vereinbart, lässt die NPD-Pressestelle wissen. Der Grund: Das »Superwahljahr 2011«. Bereits zu der Wahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 wollen sie geschlossen da- stehen. Selbst wenn die Fusion bis dahin nicht abgeschlossen sei, müsse die NPD sich nicht wegen einer Konkurrenz durch die DVU sorgen. Faust hatte schon auf dem NPD-Parteitag gesagt, dass sie nicht zu Gunsten der NPD antreten. Auf der Vorstandssitzung legte so auch der sachsen-anhaltinische Chef Matthias Heyder ein »finanziell abgesichertes Wahlkampfkonzept« vor und der sächsische Fraktionschef Holger Apfel wurde zum Wahlkampfleiter bestimmt. Es ist nicht nur der einstige Erfolg der DVU in Magdeburg, als diese 1998 mit 12,9 Prozent in den Landtag einzog, der sie hoffen lässt. Es sind auch Umfragen, auf die Voigt verweist: »Wenn neueste Umfragen davon sprechen, dass sich 20 Prozent der deutschen Wähler vorstellen könnten, eine Partei rechts von der CDU zu wählen, dann seien dies genau die 20 Prozent, welche die Partei bereits bei der Landtagswahl anzusprechen gedenke.«

Von der desolaten DVU dürfte freilich bei dem Wahlkampf keine große Unterstützung kommen. Die Symbolik mit der Fusion der DVU mag die NPD weiterhin betonen. Die Führung weiß dabei selbst, dass, wenn die DVU zustimmt, sie eine desolate Rest-DVU aufnimmt. ■

Braunes »Europa Haus«

Die NPD will in Bad Langensalza ein Bürohaus kaufen

Seit wenigen Wochen nutzen Thüringens NPD, eine Außenstelle des Verlags der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« und der »Germania Versand« gemeinsam ein Bürohaus in Bad Langensalza. Die NPD kündigte nun an, das Haus kaufen zu wollen.

Von Martina Renner

Am 19. Juli 2010 tagte der Landesvorstand der Thüringer NPD erstmals in einem Bürohaus in Bad Langensalza (Thüringen), dem »Europa Haus«. Eine Stunde zuvor war man sich mit der Besitzerfamilie Werner aus Bayern einig geworden, die Räume in dem viergeschossigen Kastenbau ab sofort nutzen zu können. Ein späterer Kauf der Immobilie durch die Neonazi-Partei wurde vereinbart. Außerdem einigte man sich auf einen Notar und den zeitlichen Ablauf der weiteren Abwicklung des Kaufs. Nutzer und Besitzer kennen sich bereits seit 2008. Damals hatte die NPD-Thüringen schon einmal behauptet, das Haus kaufen zu wollen, wobei allerdings diese Absicht lediglich als ein Erpressungsversuch gegenüber dem Bürgermeister und der Stadt behandelt wurde. Die finanziell angeschlagenen Besitzer könnten sich erhofft haben, die Kommune durch die Drohung mit der NPD zu einem Kauf des Komplexes zu bewegen. Doch der Bürgermeister ließ sich damals offenbar auf nichts ein. Obwohl politische Überlegungen für die Ablehnung zum damaligen Zeitpunkt überwogen haben sollen, war wahrscheinlich auch einfach das Geld nicht da, um dem Kaufpreis von rund 300.000,- Euro nachzukommen, zumal der Stadtverwaltung schon damals klar gewesen sein musste, dass der Kauf einer für die Stadt nicht notwendigen Immobilie die Rechtsaufsicht auf den Plan rufen könnte.

Neonazi-Zentrum

In den Augusttagen dieses Jahres sieht die Situation nun nicht nach einem erneuten Erpressungsversuch aus. Der NPD muss klar sein, dass auch diesmal ein solcher Versuch scheitern wird, zumal sich die Finanzsituation der kommunalen Haushalte weiter verschlechtert hat. Die Anzeichen verdichteten sich nun rasch, dass diesmal ein Nutzungskonzept und ein Geldgeber im Hintergrund bereit standen, die diese Immobilie im Unstrut-Hainich-Kreis für die NPD attraktiv machen. Firmenschilder vor dem Haus weisen mittlerweile die neuen Nutzer aus: Die Landesgeschäftsstelle der NPD, die neonazistische Regionalzeitung »Der Nordthüringen Bote«, ein Regionalbüro des Verlags der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« und der »Germania-Versand« des NPD-Funktionärs Patrick Weber (vgl. **DRR** 124). Nach Informationen des Informationsdienstes »Blick nach Rechts« sei außerdem geplant, den »Materialdienst« der NPD von Berlin nach Bad Langensalza zu verlegen. Damit hätte die Immobilie zwei Aufgaben: Mit der räumlichen Anbindung der NPD-Landesgeschäftsstelle würde die Partei in Thüringen erstmals eine Anlaufstelle und einen organisatorischen Mittelpunkt haben. Bisher war sie lediglich über Email, Telefon und Postfach zu erreichen. Mit diesem Schritt forciert die NPD unter ihrem Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke die Strategie der Etablierung im öffentlichen Raum weiter, zudem würden Versandaktivitäten der extremen Rechten zentriert. Wieschke, der auch einer der Geschäftsführer der »Deutschen Stimme« ist, kann so seinen Arbeitsplatz wieder nach Thüringen verlegen, wohl auch mit dem Ziel, den zum Teil renitenten Landesverband unter Kontrolle zu halten.

Veranstaltungsorte

Nach Auskunft der NPD Thüringen gibt es weitere Nutzungsvorstellungen. So soll hier beispielsweise das Präsidium der NPD regelmäßig tagen und die Räume sollen für Schulungen und Veranstaltungen dienen, einschließlich Übernachtungen. Auch ein Anwaltsbüro soll laut der NPD einziehen - somit ein multifunktionales Zentrum des Neonazismus mit Ausstrahlung weit über Thüringen hinaus. Gelänge der NPD der Erwerb des Hauses, gäbe es in dem Bundesland neben dem »Schützenhaus« in Pößneck, wo regelmäßig Rechtsrock-Events stattfinden, und der »Erlebnisscheune« in Kirchheim (s. **DRR** 124), die von der »Gesellschaft für freie Publizistik« bis hin zu NSBM-Konzerten alles beherbergt, was im Neonazismus unterwegs ist, eine dritte große Immobilie neben den kleinen Standorten in Jena-Lobeda und Fretterode.

Bleibt die Frage nach dem Geldgeber. Da es sich vermutlich im Vergleich zum Verkaufspreis von 2008 um eine mittlerweile geringere Kaufsumme handeln dürfte, kommen mehrere Optionen in Frage. Im Zusammenhang mit der Frage nach einem Geldgeber wurde auch auf eine Großspende über 140.500,- Euro verwiesen, die Robert Weber aus Mehmels (Landkreis Schmalkalden-Meiningen) im September 2009 an die NPD überwies. Spekuliert wurde auch, ob der Neonazifunktionär Thomas Wulff als mögliche Käufer in Frage kommt. Schließlich gibt es schon länger Gerüchte, Wulff verwalte einen Teil des Nachlasses aus der »Wilhelm-Tietjen-Stiftung« des verstorbenen Neonazis Jürgen Rieger, der wiederum bereits 2008 Interesse am »Europa Haus« gezeigt hatte..

Ablenkungsmanöver des VS

Nachdem DIE LINKE im Thüringer Landtag die Kaufabsicht am 5. August 2010 öffentlich machte, begann sich in Bad Langensalza Protest zu formieren. Stadt und Verwaltung prüften die rechtlichen Möglichkeiten, um den Kauf zu erschweren, und ein Bündnis organisierte eine Kundgebung. Dieses Engagement zu unterbinden, schien das Ziel des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen zu sein. Einen Tag nach dem Erscheinen der ersten Meldungen erklärte das Amt gegenüber der Nachrichtenagentur dpa, sie hätten keine Anzeichen für Kaufabsichten der NPD. Der Kauf sei auszuschließen, da die NPD über keine Finanzen verfüge. Wirksam war dies Ablenkungsmanöver des Verfassungsschutzes glücklicherweise jedoch nicht. Bereits zur Pressekonferenz der NPD am 20. August in der Immobilie hatten Engagierte ein Plakat vor dem Haus aufgestellt: »Nazis raus aus Bad Langensalza!« ■

PROZESS SSS-FORTFÜHRUNG

Wegen Fortführung einer Kriminellen Vereinigung steht Martin Schaffrath (27), ehemaliges führendes Mitglied der Neonaziorganisation »Skinhead Sächsische Schweiz« (SSS) und heutiger NPD-Stadtrat der Stadt Stolpen, seit dem 1. September 2010 vor dem Landgericht Dresden.

Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, dass er unter dem Namen der (JN) Rudolf-Hess-Gedenkfeiern und ähnliche Veranstaltungen durchgeführt habe. Außerdem soll er Treffen ehemaliger SSS-Mitglieder geleitet und seinen Bekleidungsladen »Crimestore« in Pirna für Sitzungen zur Verfügung gestellt haben. Damit unterlaufe Schaffrath, laut der Staatsanwaltschaft, das Verbot der SSS, die 2001 in mehreren Prozessen als kriminelle Vereinigung eingestuft und verboten wurde.

Bis zum 22. Oktober 2010 sind 12 Verhandlungstermine vorgesehen.

Totschweigetaktik

(Neo-)nazi Immobilien in Bayern

Gegen die Immobilien und etablierten Veranstaltungsorte der extremen Rechten in Bayern gibt es kaum Protest. Dabei bauen die Neonazis ihre Infrastruktur derzeit deutlich aus.

Von Robert Andreasch

Nur wenige hundert Meter vom Starnberger See entfernt, liegt im oberbayerischen Tutzing die Villa des Vereins »Ludendorff-Gedenkstätte«, hinter dem der »Bund für Gotterkenntnis« steckt. Seit 1922 werden das Haus und das weitläufige Gelände durchgehend von Völkischen und Nazis genutzt. Im Juni 2010 stellte das bayerische Landesamt für Denkmalpflege die Villa mit der 1935 gepflanzten »Ludendorff-Eiche« unter Denkmalschutz. Man könne, so heißt es von der Behörde, »zu Ludendorff stehen, wie man mag, vielleicht wird er auch manchmal zu negativ betrachtet. Aber er ist eine wichtige historische Persönlichkeit, fast gleichzusetzen mit Hindenburg.« Allein Charlotte Knobloch warnte öffentlich davor, die antisemitische Sekte der »Ludendorffer« könne somit nun Steuergelder beantragen . Vor Ort gibt es schon seit Jahrzehnten keine antifaschistischen Proteste mehr.

Auch die »Verlagsgesellschaft Berg« logiert am benachbarten Ammersee reichlich ungestört in einem historischen Brauereigebäude im Inninger Ortsteil Stegen. Ein gefährlicher Zustand, der leider nicht mehr nur für »alte« Nazi-Immobilien wie in Tutzing, Inning oder für das Redaktionsgebäude der »Nationalzeitung« in München-Pasing zu konstatieren ist, sondern zunehmend auch für Neuerwerbungen und regelmäßige Veranstaltungsorte bayerischer Neonazis gilt.

Neuerwerb

In Murnau betreibt der NPD-Aktivist Matthias Polt mit dem »Hobbyland« einen der wenigen bayerischen Naziläden. In den Räumen seines »Versands der Bewegung« finden regelmäßig NPD-Veranstaltungen statt, zuletzt mit Holger Apfel und Karl Richter. Finanziert wird das Neonazihaus seit September 2010 unter anderem durch eine Sendeanlage des Mobilfunkbetreibers O2 auf dem Dach. Der Konzern, der dafür mindestens 250,- Euro pro Monat überweisen dürfte, hat damit kein Problem. O2-Sprecher Thomas Lichtenberger sagt: »Es geht uns nichts an, was ein Privatmann an Geschäften betreibt, solange sie rechtmäßig sind.«

So kostet die eigene Infrastruktur Neonazis nicht nur Geld, sondern kann auch zur Einkommensquelle werden. Das gilt auch für die kleine Siedlung Holzmühle bei Falkenstein im bayerischen Wald, von wo aus die frühere »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH)-Aktivistin Maria Maßler die deutsche Rechte finanziell unterstützte – von der Jungen Freiheit« und den »Deutschen Konservativen« über die NPD bis zu untergetauchten Holocaustleugnern. Nach ihrem Tod 2009 vermachte sie ihr Einfamilienhaus dem DLVH-Mitbegründer Jürgen Schützinger (Villingen-Schwenningen). 500,- Euro Mieteinnahmen nicht-rechter BewohnerInnen fließen nun pro Monat auf das Konto des baden-württembergischen NPD-Landesvorsitzenden.

An anderen Orten schaffen sich bayerische Neonazis eigenen Wohnraum: Seit Jahren wird die unter anderem vom ehemaligen »Wehrsportgruppe Hoffmann«-Aktivisten Anton Pfahler gegründete »Runenhof«-Siedlung in Echsheim bei Augsburg ausgebaut. Im oberfränkischen Wüstenselbitz starteten Neonazis aus dem Umfeld der Rechtsrock-Bands »White Rebel Boys« und »Haftbefehl« ein Wohnprojekt in einem ehemaligen Gewerbegebäude. Am Beispiel der alten Bauernhäuser, die NPD-Bundespräsidentenkandidat Frank Rennicke in Mittelfranken renoviert, lässt sich erkennen, wie der Erwerb und Ausbau von Neonazi-Immobilien am Ende zur lokalen Verankerung der AktivistInnen führen kann: In Altengreuth ist der braune »Liedermacher« mittlerweile ins Dorfleben integriert. Protest wird hier in der bayerisch-fränkischen Provinz nicht angedacht, sondern gefürchtet: In Insingen, wo Rennicke derzeit einen weiteren Hof mit Nebengebäuden saniert, freute sich Bürgermeister Rudolf Ebert (CSU) nach Rennickes Hauskauf darüber, dass »eine Debatte im Ort vermieden werden (konnte)«.

Eine höhere Bedeutung als die Schaffung von Wohnraum dürfte jedoch der Erwerb größerer Räume haben, die für Veranstaltungen ungefährdet genutzt werden können. Der »Bund Frankenland« hat sein Spendenflugblatt für einen Immobilienerwerb (»Jetzt handeln und national befreite Zonen schaffen«) 2010 neu herausgebracht und auch bei der Bayern-NPD sind entsprechende Überlegungen Thema. Allerdings könnten derzeit nur »Schnäppchen« gekauft werden: Auf dem Konto des im bundesweiten Vergleich relativ wohlhabenden Landesverbands sind ca. 200.000,- Euro vorhanden.



^ »Club 18« in Schwabach

Regelmäßige Veranstaltungsorte

Wo Geld für einen Ankauf fehlt, mietet die extreme Rechte auch schon mal an: In München unterschrieb im Frühjahr 2010 der NPD-Bezirksvorsitzende Roland Wuttke einen Mietvertrag für etwa 80 Quadratmeter große Lagerräume. Die von den Neonazi-Kameradschaften bejubelte Eröffnung eines »nationalen Jugendzentrums« konnte durch antifaschistische Recherche jedoch noch einmal verhindert werden. Im Juli eröffnete dann die »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) ein »Kulturzentrum«. Die 125 Quadratmeter großen Kellerräume im Münchner Süden hatte der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter Ende Juni 2010 für 850,- Euro

pro Monat angemietet. Viel Protest rief die Eröffnung der seit 12 Jahren ersten neonazistischen Räumlichkeiten in München nicht hervor. Ende August erließ die Stadt jedoch aus Sicherheitsgründen und wegen Nutzungsverstoß ein vorläufiges Veranstaltungsverbot.

Dass Neonazis wie in München gezwungen sind, eigene Räumlichkeiten anzumieten, ist eher Ausnahme denn die Regel. Einige bayerische GaststättenbesitzerInnen stellen ihre Räumlichkeiten nämlich immer wieder auch für rechte Großveranstaltungen zur Verfügung. Neben dem Schlosshotel im oberfränkischen Pommersfelden, in dem »Zuerst«-Herausgeber Dietmar Munier jährlich seine »Lesertreffen« veranstalten kann, ist dies vor allem ein Problem Niederbayerns. In den Deggendorfer Gaststätten »Bogenbach« und »Pumuckl« finden monatlich NPD-Treffen und Rechtsrockkonzerte statt, im Juli 2010 zum Beispiel ein »NPD-Musikantentreffen« mit volkstümlicher Musik im »Pumuckl«-Biergarten. Zu Protesten kommt es in Deggendorf fast nie. Neonazistische Konzerte im »Gasthaus Bogenbach«, zum Beispiel mit dem Münchner »Liedermacher« Felix Benneckenstein werden von den Behörden verschwiegen. Im nicht weit entfernten Buchhofen stellt der Wirt des »Gasthof Jägerwirt« seine großen Säle gar für überregionale NPD-Veranstaltungen zur Verfügung. Neben dem »Bayerntag« fand hier auch der »politische Aschermittwoch« der Bundes-NPD statt. Der in die NPD als Mitglied aufgenommene »Jägerwirt« Robert Leher unterstützt nicht nur die Partei: Er stellte im Sommer 2010 sein Stadl-Gebäude auch für das »day of friendship«-Rechtsrockfestival des »Freien Netz Süd« zur Verfügung. Sechs Jugendliche aus der Umgebung waren die einzigen, die vor Ort protestierten. Wenige Kilometer jenseits der Landesgrenze »genießen« auch niederbayerische Neonazis NS-Flair im »Objekt 21«. Den kryptisch nach der Hausnummer benannten Bauernhof haben Neonazis im Namen eines »Kulturvereins« im österreichischen Desselbrunn angemietet und mit Parties und Konzerten gegen den Willen des Besitzers, dem Oscarprämierten Filmregisseur Stefan Ruzowizky, als wichtigsten Neonazitreffpunkt Oberösterreichs etabliert.



Andernorts in Bayern setzen Neonazis auf öffentlich zugängliche Kneipen, statt auf nur den eigenen Gruppen dienende Räume: In Schwanstetten betreibt der »Zentralrat souveräner Bürger« die für 600 000,- Euro erworbene Dorfgaststätte. In Schwabach eröffnete der von Neonazis des »Freien Netz Süd« frequentierte »Club 18« und im niederbayerischen Geiselhöring baut »Wikingerversand«-Betreiber Siegfried Birl ein »Pilspub«.

Als wichtigste neonazistische Erwerbung stellte sich allerdings eine Wiese in Obertrubach-Geschwand heraus, die die Ehefrau des »Fränkische Aktionsfront«-Aktivisten Lutz Passon schon 2006 günstig überlassen bekam. Regelmäßig finden hier große Neonazikonzerte statt, unter anderem auch die zwei letzten »Frankentage« des »Freien Netz Süd«. Die Veranstaltungen werden durch die Behörden regelmäßig geleugnet, in den umliegenden Gemeinden, wo »der Lutz« bei Kirchweih und Feuerwehr aktiv ist, protestiert niemand. Eine ähnliche Ignoranz wie in Oberfranken ist auch im Süden zu beobachten:

Nach Anmietungen im Landkreis Neu-Ulm und bei Ottobeuren eröffnete die Memminger Kameradschaft »Voice of Anger« Ende 2009 ihr neues »Clubheim« im alten Schloss in Boos im Unterallgäu und im leerstehenden »Alten Molkereiwerk« gegenüber ist zudem am 18. September 2010 ein Konzert mit »Kategorie C« geplant. In der Öffentlichkeit wird dies alles nicht diskutiert: das Polizeipräsidium Kempten hätte eine »Totschweigetaktik« empfohlen, heißt es bei der Gemeinde.

Manchmal gibt es jedoch auch in Bayern Wirbel: Rainer Biller, früher Swingerclubbetreiber und heute Nürnberger NPD-Aktivist, kann mit absurden Behauptungen, die NPD würde diese oder jene teure Schrott-Immobilie erwerben wollen, wilde Reaktionen hervorrufen. Zeitungsartikel widmen sich daher einem angeblich bevorstehenden Kauf des »Berghofs« am Dillberg bei Postbauer-Heng durch Neonazis (mit »Sicherheitsstreifen« und »Militärlager«) oder beklagen, ein Trick des Besitzers, den Kauf eines Waldstücks mit »Soldatengrab vom Juli [sic!] 1945« im oberfränkischen Oberprex. Gerade in Oberprex wäre sinnvollerer Protest von Nöten: Nach Versuchen in Fassmannsreuth und Bergen hat hier der »Freies Netz Süd«-Aktivist Tony Gentsch über seine Mutter im März den Gasthof »Egerländer« für 7000,- Euro gekauft und stellt ihn seither für Sonnwendfeiern und Konzerte zur Verfügung. ■

6. ANTI-KRIEGSTAG

Dem Aufruf zum 6. »nationalen Antikriegstag« am 4. September 2010 in Dortmund folgten rund 1000 Neonazis. Nachdem am 2. September die Dortmunder Polizei den Aufmarsch verbot, hob am 4. September das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Verbot auf. Das Dortmunder Polizeipräsidium erlaubte eine Kundgebung am Dortmunder Hafen. 460 Neonnazis nahmen dort daran teil. Derweil versuchten rund 500 Neonazis von der Bahnhaltestelle Scharnhorst in Richtung Innenstadt einen Spontanaufmarsch durchzuführen. Diesen stoppte die Polizei. Hintergrund des Verbots war ein Sprengstofffund am 1. September 2010 bei dem 19-jährigen Falko W., Mitglied der »Kameradschaft Aachener Land« (KAL), der enge Kontakte zu den Dortmunder Neonazis hat. Bereits am Vorabend des 4. September 2010 gab es eine Kundgebung mit Konzert in der Innenstadt. Als Redner traten unter anderem Gottfried Küssel, Christian Worch und Dennis Giemsch auf. Als Bands spielten »Libertin« und »Die bombastischen Drei«. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren ein, da am Ende der Veranstaltung die ca. 270 Neonazis ein Lied sangen, das den Anfangsverdacht einer Straftat gemäß § 86 a StGB (Verbot der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) erfüllt.



∧ Alle wurden durchsucht – auch nach Sprengstoff







»Kriminalisiert«

Nachlese zu Bad Nenndorf

Reale Prognose oder politische Intention? Im niedersächsischen Landtag wollten die Grünen am 19. August 2010 wissen, inwieweit Innenminister Uwe Schünemann (CDU) durch Einschätzungen zum Gefahrenpotential Einfluss auf Entscheidungen zu dem »Trauermarsch« in Bad Nenndorf genommen habe. Am 14. August marschierten an die 850 Neonazis in der Kurstadt auf. Erschreckt hat dabei aber nicht allein das Bündnis »Bad Nenndorf ist bunt« die Tatsache, dass erst in zweiter Instanz eine Gegenkundgebung erlaubt wurde.

Von Andreas Speit

Vor Ort hatte Stefan Wenzel, Fraktionschef der Grünen schon gesagt: »Innenminister Schünemann hat dies mit zu verantworten.« An jenem Samstag kamen an einer Straßenecke bei der Fußgängerzone über 1.200 Menschen zusammen. Erst am Freitag um 20 Uhr hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Kundgebung des Bündnisses von 9 bis 11 Uhr genehmigt. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Hannover allein das vom Landkreis Schaumburg ausgesprochene Verbot des »Trauermarschs« aufgehoben, die vom DGB für das Bündnis angemeldete Gegendemonstration blieb zunächst verboten. Der Grund der Rechtsentscheidungen: Die Gefahrenprognose des Landkreises, der ausgehend von der Einschätzung der Polizei und des Verfassungsschutzes eine vermeintlich höhere Gewalt von der Gegendemonstration ausmachte.

An der Straßenecke war die Fassungslosigkeit der Demonstranten mehr als zu spüren. Sie war hörbar: Keine Rede, von welchen Landes- oder Kommunalpolitikern auch immer, in der nicht betont wurde, dass der seit Jahren friedliche Protest gegen den alljährlichen Marsch durch diese Prognose kriminalisiert wurde. Unter großem Applaus betonte Dietmar Bucholz vom Bündnis: »Die Behörden haben unseren Protest massiv behindert, kastriert.« Großer Applaus folgte auch, als der DGB-Regionalvorsitzende Sebastian Wertmüller hervorhob: »Das Bündnis, aus Sportvereinen, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften, wird behandelt wie die Aussätzigen.« Bürgermeister Bernd Resse sagte, wie sehr ihn freue, dass »trotzdem so viele gekommen sind«.

Strecke mit Hindernissen...

Die Straße runter lag die erlaubte Route für das »Gedenkbündnis« um Sven Skoda und Marcus Winter. Unter dem Motto »Für die Opfer alliierter Kriegs- und Nachkriegsverbrechen - Gemeinsam und entschlossen gegen die Lüge der Befreiung« hatten sie zu dem Marsch vom Bahnhof zum Winklerbad aufgerufen. Von 1945 bis 1947 diente das »Bad« der britischen Armee als Gefängnis für Nationalsozialisten und Verdächtige. Als Misshandlungen der Inhaftierten bekannt worden, reagierten die britischen Behörden.

Die 800 Meter vom Bahnhof zum Winklerbad waren gänzlich abgesperrt. Knapp 2.000 Polizeibeamte standen bereit, Absperrgitter waren aufgestellt. Doch plötzlich stand sie vor dem Mittag dennoch da: Eine Betonpyramide, an die sich vier Gegendemonstranten angekettet hatten. »Wir haben Zeit mitgebracht«, sagte einer von ihnen. Mit einem blauen Kleinbus und einem Anhänger mit Absperrgitter waren sie durch die Polizeisperren bis knapp vor das »Bad« gekommen. Die Zeitung »Polizei heute« hinter der Windschutzscheibe machte den Weg frei. Wohl auch, weil die Gruppe ähnlich wie Beamte gekleidet war. Schnell wollte die Polizei Werkzeug zum Entfernen der Pyramide holen. »Bitte gehen Sie zwanzig Meter zurück«, forderte sie Anwohner und Mitglieder des Sportvereins »VfL Bad Nenndorf« auf, die den Angeketteten applaudierten. Gehen, schnell? Nein. Zur erneuten Überraschung der Polizei setzen sich die rund 30, meist weit über 40-Jährigen, auf die Straße und stimmten Friedenslieder an. »Ich habe so was noch nie gemacht, es reicht aber einfach«, sagte ein 65-jähriger Anwohner. Eine Reaktion, die den Behörden deutlich signalisiert haben dürfte, dass sie das breite Bündnis nachhaltig verbittert hatten. Eine weitere Sitzblockade erfolgte, die sich wie die erste Blockade nach der letzten Polizeiermahnung auflöste. An einer Absperrung setzte die Polizei indes Reizgas ein, Demonstranten sollen an dem Gitter gerüttelt haben.

... mit Hilfe bewältigt

Am Bahnhof waren gegen Mittag die ersten Neonazis eingetroffen. Viele Rechte hatten weiße Oberbekleidung an. Nicht ohne Grund: Als 1932 die SA kurz verboten war, marschierte sie mit weißen Hemden auf. Aus jener Zeit stammt eine Strophe des Nazidichters Heinrich Anacker, welches das offizielle Mobilisierungsshirt zierte: »Im braunen Hemd, im weißen Hemd. Brennt gleich für Deutschland unser Blut.« Beim Marsch fiel das Shirt nicht auf. Einige Rechte mussten allerdings ihr Hemd mit dem Spruch links herum tragen. Die Polizei untersagte auch den Holocaust-Leugnern Ringolf Henning und Ursula Haverbeck, eine geplante Rede zu halten.

Trotz der Pyramide durften die Neonazis bis zum »Bad« marschieren. Unter Fassungslosigkeit von Anwohnern und Sportsfreunden führte die Polizei die Neonazis eng an der Pyramide vorbei. Vor dem Bad wehte so auch von einem Hubwagen ein Transparent »Besatzer raus«. Skoda wetterte dort über die vermeintliche Befreiung. Patrick Fischer aus Chemnitz lehnte den »Kampf um die Parlamente« der NPD ab, so sei es »utopisch, das System als Fliegengewicht« verändern zu wollen. Winter schimpfte über die Redeverbote ihrer Gäste.

Fünf Tage später, am 19. August, musste Schünemann sich den Vorwürfen der Grünen stellen. Der Innenminister betonte jedoch, an der Prognose ändere sich nichts, auch wenn sich die »Anzahl anreisender gewaltbereiter Personen letztlich nicht vollständig bestätigt habe«. Der Vorwurf einer Beeinflussung entbehre »jeder Grundlage«, meinte er und fragte, »warum der DGB strafrechtlich relevante Aufrufe zu Massenblockaden einer bestätigten Demonstration unterstützt«. Ein Vorwurf, der eine Unterstellung ist. Wertmüller betonte: »Wir haben zu keinen Blockaden aufgerufen.« Jürgen Übel vom »Bündnis« freilich sagt nach der Landtagsdebatte erneut: »Die Behörden haben unseren Protest kriminalisiert.« ■

Die KMOB war ein Flop

Das Scheitern der »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim«

Nach Durchsuchungen am 2. Juli 2010 in über 20 Objekten von Mitgliedern und Sympathisant/innen der»Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) befürchtete die Kameradschaft ein Verbot ihrer Struktur und verkündete bereits am nächsten Tag ihre Selbstauflösung.

Von Svenna Black

Unabhängig eines realen Verbots hatte sich die Kameradschaft im Vorfeld selbst ins Abseits katapultiert. Ihr Projekt, als vermeintlicher Nachfolger des »Märkischen Heimatschutzes« (MHS) eine Kameradschaftsvernetzung für die Landkreise Märkisch- Oderland und Barnim zu schaffen, ist gescheitert. Trotz einer Vielzahl von Übergriffen und einem ausgeprägten Demo-Tourismus war die KMOB nicht in der Lage, eigene Akzente zu setzen.



Entschlossener Widerstand verhindert Nazi-Demo-Marathon

Als die »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« Anfang 2010 im Nordosten Brandenburgs eine ganze Reihe von Aufmärschen plante, ahnten die Kameraden nicht, wie stark sie sich damit selbst ein Bein stellen würden. Ein überregionales Bündnis aus Antifa-Gruppen, Vereinen, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, Kirchengemeinden und vielen weiteren Engagierten hatte sich zusammengefunden und als Bündnis »Brandenburg Nazifrei« zu Blockaden und Protesten gegen die Naziaufmärsche aufgerufen. Mit Erfolg: Von den sieben angekündigten Aufmärschen fand letztendlich nur einer statt. In Städten wie Bernau und Strausberg verhinderten Blockaden (nach dem Vorbild von Dresden und Berlin) die Aufmärsche. Diese Form von entschlossenem Widerstand, wie ihn das Bündnis »Brandenburg Nazifrei« den Nazis entgegenstellte, war ein Novum für die Region. Es gelang, das Blockadekonzept aus (der Großstadt) Dresden auf die Bedingungen von Kleinstädten zu übertragen.

Mit der Anzahl von Aufmärschen hatten sich die Kameraden der KMOB deutlich übernommen und mussten für die schlechte Organisierung und fehlende Inhalte harsche Kritik in der rechten Szene einstecken. Die KMOB hatte es nicht einmal geschafft, anreisende Aktivist/innen über den kurzfristig abgesagten Aufmarsch am 5. Juni 2010 in Eberswalde zu informieren und musste so, trotz vieler Entschuldigungen, beim nächsten Termin in Bad Freienwalde auf einen Teil der Mitglieder beziehungsweise ihres engen Umfeldes verzichten.

Die KMOB als oldschool Nazigruppierung

Die »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« war drei Jahre lang als gewaltbereite Nazigruppierung im Nordosten Brandenburgs aktiv. Ihre Aktivitäten beschränkten sich zunächst auf die Städte Bad Freienwalde und Wriezen (Landkreis Märkisch Oderland) und die Nachbarstadt Eberswalde (Landkreis Barnim). Mit ihrer Aufmarschreihe wollte sie ihrem Vorgänger, dem MHS, nacheifern und ihren Aktionsradius auf den gesamte Nordosten erweitern.

Der massive Protest seitens antifaschistischer Kräfte in Brandenburg, die gute Recherchearbeit der lokalen Gruppen und der politische Druck, den das Bündnis »Brandenburg Nazifrei« ausübte, machten auch die Sicherheitsorgane auf die Kameradschaft aufmerksam. Auf das Konto von Kameradschaftsmitgliedern und Sympathisant/innen geht eine Reihe von Straftaten, darunter Körperverletzungen und Volksverhetzung sowie ein Brandanschlag auf das alternative Jugendzentrum »Maquis« in Bad Freienwalde, das in der Nacht vom 12. zum 13. Juni 2008 niedergebrannt wurde. Als Brandstifter wurde der Freienwalder Nazi Marcel Stechert im April 2009 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Auch nach der Auflösung der KMOB kam es zu weiteren Übergriffen. Einige der Aktivisten, allen voran Robert Gebhardt, stehen mittlerweile mit einem Bein im Gefängnis. Gebhardt, mehrfach vorbestraft, muss mit einem Strafverfahren wegen eines Übergriffs auf linke Jugendliche im Juli 2010 rechnen.

Um den »Anführer« Robert Gebhardt aus Bad Freienwalde tummelten sich etwa 20 feste Mitglieder. Enge Verbindungen pflegten sie vor allem zur regionalen NPD, mit der sie gemeinsame Veranstaltungen organisierten und außerdem zum Personal der verbotenen Berliner Kameradschaft »Frontbann 24«.

Ideologisch als auch optisch glich die KMOB eher einer oldschool Nazigruppierung: Texte und Kommentare auf deren Internetseite, die Symbolik ihrer Kleidung (das KMOB Logo bestand aus einem Reichsadler, der in seinen Krallen einen Kranz mit der Aufschrift »MOL« oder »BAR« trug) illustrierten die unverhohlene Affinität zum Nationalsozialismus.

Selbst verstand sich die KMOB als klar strukturierte Organisation mit regelmäßigen Vorstandssitzungen, Kameradschaftsabenden und eigenem Regelwerk. Jedoch zeigte sich eine deutliche organisatorische und inhaltliche Schwäche, die die Kameradschafter mit gewalttätigen Angriffen und Verbalradikalität zu verdecken versuchten. Ihre Flyer und Parolen blieben auf einem plumpen populistischen Niveau und waren weder mit Inhalten unterfüttert noch wiesen sie Strategien und Konzepte für die angeblichen gesellschaftlichen Probleme auf.

Mit dem üblichen Weg zur NPD ist nicht nur wegen der Krise der Naziparteien in Brandenburg nicht zu rechnen (s. **DRR** Nr. 122). Eine lose, unabhängige Verbindung einiger KMOB-Aktivisten mit den Berliner Kameraden des Ex-»Frontbann 24«, der »Freien Nationalisten Berlin-Mitte« und anderen Brandenburger Aktivisten hingegen ist zu erwarten. ■

Ausführliches Porträt der Kameradschaft:
Broschüre »Vorsicht Nazis! Informationsblatt über oder gegen die »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim«« – kostenlos bestellbar unter kontakt@antifa-bernau.tk



Kaum Chancen für die Rechte

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2011

Die Ausgangsbedingungen für die extreme Rechte bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2011 sind schlecht. Neben der NPD treten auch »Die Republikaner« zu den Wahlen an.

Von Marian Fischer und Klaus Pohl

Die NPD gibt sich kämpferisch und veröffentlicht Erfolgsmeldungen. So verkündete zum Beispiel das Trierer NPD-Stadtratsmitglied Safet Babic jüngst triumphierend, dass die örtliche Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Volksverhetzung gegen ihn fallen gelassen habe. Das Landgericht Trier hatte zuvor entschieden, dass der Begriff »Bombenholocaust« straflos verwendet werden dürfe und wurde darin vom Oberlandesgericht Koblenz bestätigt. Babic fühlt sich deshalb in seiner Ansicht bestätigt, Opfer von unrechtmäßigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu sein. Die Juristen hätten versucht, »den einzigen nonkonformen Repräsentanten im Trierer Stadtrat zu kriminalisieren und politisch mundtot zu machen«, glaubt er. Gleichzeitig würden sie aber »kriminelle Seilschaften« in der Stadt decken. Als Beleg dafür wirft Babic dem ehemaligen Geschäftsführer der Landesgartenschau in derselben Presseerklärung Korruption vor. Was dieser Vorwurf mit seinem eigenen Verfahren zu tun hat, bleibt unklar. Doch irgendwie muss die von Babic verfolgte Unschuld ja davon ablenken, dass gegen ihn noch immer wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen Körperverletzung ermittelt wird. In dem anstehenden Landtagswahlkampf würde es sich für die NPD nicht gut machen, würde Babic noch verurteilt. Denn nach den Bestimmungen der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung kann ein Kommunalpolitiker, der zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt wird, aus dem Parlament ausgeschlossen werden. Der Verlust eines Mandats kurz vor der Wahl wäre ein herber Rückschlag.

Kämpferisch gegen vermeintliche Repressionen des »Systems« gibt sich auch die umstrittene Landesvorsitzende der NPD, Dörthe Armstroff. Ihr wurde von parteiinternen Kritikern immer wieder Unfähigkeit und Untätigkeit vorgeworfen. Ihr Mann Klaus Armstroff, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands »Deutsche Weinstraße« berichtete vor kurzem in einer Presseerklärung, wie seine Frau »behördliche Schikane« und einen »Angriff auf die Demokratie« abwehrte. Zuvor hatte der Stadtrat in Neustadt beschlossen, die Genehmigung für einen Infostand, an dem die NPD Unterstützerunterschriften für die Landtagswahl sammeln wollte, von vier auf zwei Stunden zu beschränken. Dörthe Armstroff erreichte, dass die Genehmigung wieder ausgedehnt wurde und sie »um die 20 Unterschriften« sammeln konnten.

Dass die NPD in Rheinland-Pfalz überhaupt so weit gekommen ist, bedeutet für sie einen Teilerfolg, denn zu Beginn dieses Jahres stand noch nicht einmal fest, ob sich die Partei überhaupt zur Wahlteilnahme aufraffen könne. Mitte Februar hatte der Bundesvorstand den organisatorischen Notstand über den am Boden liegenden Landesverband verhängt, suspendierte den Vorstand um Armstroff und übertrug die Leitung des Verbandes kommissarisch an Frank Franz, den Vorsitzenden der saarländischen NPD, sowie an den Bundesschatzmeister Wolfgang Schimmel. Diese Maßnahme hing unmittelbar mit der bevorstehenden Wahl zusammen, da der Vorstand um Armstroff es nicht geschafft hatte, einen Parteitag zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl einzuberufen. Bei einem Parteitag Ende März unter der Leitung von Franz wurde Dörthe Armstroff dennoch im Amt bestätigt. Ihr wurde beispielsweise der Erfolg bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 zugute gehalten. Damals konnte die NPD erstmals seit 40 Jahren in dem Bundesland Kommunalmandate gewinnen. Überall dort, wo sie angetreten war, gelang es, einen Sitz in den Parlamenten zu bekommen. Gleichzeitig wurde auf diesem Parteitag aber auch ihr innerparteilicher Gegner Markus Walter zu ihrem Stellvertreter gewählt. Reibereien im Verband sind also vorprogrammiert, wenn es der zerstrittenen NPD nicht gelingt, sich zumindest für die Wahl zusammenzuraufen.

»Pro Bewegung«

»Die Republikaner« (REP) waren in Rheinland-Pfalz bislang deutlich besser verankert, als die NPD. Sie besaßen zahlreiche Kommunalmandate. Bei den Wahlen im letzten Jahr mussten sie allerdings starke Verluste hinnehmen: Von 24 Mandaten konnten sie nur 16 halten. Allein in Germersheim und im Rheinland-Pfalz-Kreis gewannen sie noch einmal so viele Sitze, wie bei der letzten Wahl. Ein neues Mandat konnten sie nur im Kreistag von Mainz-Bingen erringen.

Der Zusammenhalt in der Partei ist dagegen ähnlich schlecht, wie bei der NPD. Und die langjährige Mainzer Stadträtin der REP, Gabriele Bannier, eine Beamtin der Mainzer Kriminalpolizei, erklärte Anfang 2009 aus »gesundheitlichen und familiären Problemen« nicht mehr kandidieren zu wollen.

Offenbar versuchen sich die REP gegen ihren weiteren Niedergang in Rheinland-Pfalz zu wappnen, indem sie ein Bündnis mit der »Pro-Bewegung« anstreben. In einer Presseerklärung begrüßte der rheinland-pfälzische Landesverband der Partei die gemeinsame Erklärung des REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und des »Pro NRW«-Vorsitzenden Markus Beisicht zu einer zukünftigen Kooperation. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Stephan Stritter übt derweil die Zusammenarbeit im kleinen Maßstab in Mainz. Die »Bürgerbewegung Pro Mainz« ist der erste Ableger der »Pro-Bewegung« in dem Bundesland und erfreut sich der Mitgliedschaft lokaler REP-Funktionäre. Ob die Zusammenarbeit bereits bei den anstehenden Landtagswahlen 2011 konkrete Resultate nach sich ziehen wird, ist allerdings noch nicht abzusehen. ■

»Gehirnwäsche als Gesetz«

Ein Porträt der neonazistischen Initiative »Free Gender«

Die Initiative »Free Gender – Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen« sucht die Gründe für den vermeintlichen Verfall der BRD im Konzept des »Gender Mainstreaming«. Dies hindere Frauen an der Ausübung ihrer biologischen Aufgabe, der steten Reproduktion, und sorge für berufliche Diskriminierung der Männer.

Von Mareike Ahrend



Die damals frisch gegründete Initiative »Free Gender« lud am 16. Mai 2009 zum ersten Mal zu einer Informationsveranstaltung gegen das Konzept des »Gender Mainstreaming« (s. **DRR** Nr. 124) in das neonazistische Zentrum »Braunes Haus Jena« ein. Mit dieser Ortswahl blieben von Beginn an keine Fragen zur inhaltlichen Ausrichtung der Initiative offen. Verantwortlich für die Organisation der Veranstaltung war nach Angaben des neonazistischen »Aktionsbüro Thüringen« der »Mädelring Thüringen«, der 2004 von Isabell Pohl, Mareike Bielefeld und Marlen Pucknat gegründet worden war. Die Homepage von »Free Gender« ist auf das sächsische NPD-Mitglied Lars Schönrock angemeldet. Bielefeld wird im Impressum als Verantwortliche genannt und die dort angegebene Postadresse ist deckungsgleich mit der Anschrift des »Braunen Hauses« in Jena.

Die Aktivitäten der Initiative bestehen vor allem darin, Texte zu verfassen, Vorträge zur »Aufklärungsarbeit« über »Gender Mainstreaming« anzubieten und bei Veranstaltungen der extremen Rechten mit einem Infostand präsent zu sein. Die Vorträge richten sich gezielt an »nationale Frauen« oder unpolitische ErzieherInnen. Kurz nach der Gründung im Mai letzten Jahres stellte der neonazistische Zusammenschluss »Freies Leipzig« ein Interview ins Internet, bei dem »Katharina« von » Free Gender« von den Zielen und Inhalten der Initiative berichtete. Die Aktivistin demonstrierte ihr Halbwissen, indem sie sich in abstruse Theorien zu Gen- und Hirnforschung verstieg und soziologische Forschung als Wahnsinn abstempelte.

Vorbilder

Seit ihrer Gründung hat die Initiative 108 Artikel im Internet veröffentlicht, von denen lediglich ein Viertel dem Thema »Gender Mainstreaming« gewidmet sind. Ansonsten fanden Auseinandersetzungen mit Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Homosexualität und Erziehung statt. Unter der Kategorie »Literaturempfehlungen« ist auf der Homepage die ganze Bandbreite neu-rechter AutorInnen vertreten. Die Redakteurin der Zeitschrift »Sezession«, Ellen Kositza, die Autorin Gabriele Kuby und die Politikerin der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, Barbara Rosenkranz, bilden den von der Initiative offenbar als besonders repräsentativ erachteten Kreis der Autorinnen zum Thema. Inhaltlich steht die Initiative aber neben den genannten Autorinnen der Psychologin Christa Meves und der gefeuerten ARD-Moderatorin Eva Herman (s. **DRR** Nr. 124) nahe, mit denen sie gemeinsam in die Klage um den Werte- und Sittenverfall einstimmt.

In ihrer Rede auf dem »Thüringentag der nationalen Jugend« (s. **DRR** Nr. 125) im Juni 2010 in Pößneck führte Bielefeld Argumentationsstrukturen der »Neuen Rechten« zusammen. Sie erörterte den vermeintlich bevorstehenden »Volkstod«, dessen Ursache sie in den Erfolgen des »Gender Mainstreaming« sieht. Dieses Konzept ist für »Free Gender« das absolute Feindbild. Es sei Auslöser für Migration, Bevölkerungsrückgang, Arbeitslosigkeit und Jugendgewalt. Repressionen und Diskriminierungen gegenüber Menschen, die sich für ein traditionelles Familienmodell entschieden haben, seien die unvermeidlichen Folgen des »Gender Mainstreaming«.

Relevanz

Die Initiative ist offenbar die Nachfolgeorganisation des »Mädelring Thüringen«. Während sich Pucknat augenscheinlich bereits seit längerem zurückgezogen hat und Pohl nur noch in unregelmäßigen Abständen ihre Internetseite für »nationale Eltern« (»Feenwald«) pflegt, versucht Bielefeld mit »Free Gender« weiterhin, die extreme Rechte für frauenrelevante Themen zu begeistern. Mit ihr zusammen sind drei weitere Frauen als Autorinnen aktiv, allerdings verfasste Mitte Mai 2010 letztmalig eine von Bielefelds Mitstreiterinnen einen Artikel für die Internetseite der Initiative. Auch die LeserInnen scheinen das Interesse an dem Projekt zu verlieren. Letztmalig haben politische MitstreiterInnen sich in den Monaten April und Mai 2010 aktiv als KommentatorInnen betätigt. Seitdem erscheinen ausschließlich Texte, die Bielefeld verfasst hat. Und der letzte der stets »erfolgreichen« Aufklärungsvorträge fand im November 2009 statt.

Der Grund für das deutlich abnehmende Interesse an der Initiative dürfte in Bielefelds sehr einseitigen thematischen Fokussierung begründet sein. Inhaltlich wird den LeserInnen selten Neues geboten. Vielmehr konzentriert sich Bielefeld fast ausschließlich auf die These des angeborenen und unabänderlichen Geschlechtes sowie auf die der heterosexuellen Familie als einzig legitimes Lebensmodell. »Free Gender« kann als Hobby Bielefelds betrachtet werden. Es bleibt abzuwarten, wie lange sie sich in diesem Rahmen noch engagieren wird. Inhaltlich geht es bei »Free Gender« über eine Wiedergabe der Inhalte der Veröffentlichungen von Kuby, Kositza, Rosenkranz & Co. nicht hinaus. Auch organisatorische Veränderungen der extremen Rechten sind von Bielefeld - die 2006 noch forderte, dass Frauen sich als »politische Soldatinnen« im »nationalen Widerstand« betätigen sollten – nicht zu erwarten, da sie sich mittlerweile ganz dem Ideal der »deutschen Mutter« verschrieben hat. ■

Vom Schein und Sein

»Autonome Nationalisten« in der öffentlichen Wahrnehmung

Die Übergriffe von Neonazis bei einer Demonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg markierten einen Wandel in der medialen Wahrnehmung von neonazistischen Großevents. Ungeachtet dessen, dass viele Teilnehmer des Aufmarschs aus NPD und Freien Kameradschaften kamen, gilt Gewaltbereitschaft von Neonazis seitdem häufig als Indikator für die erstarkte Szene der »Autonomen Nationalisten«.

Von Barbara Manthe

Die Aussage des Einsatzleiters der Hamburger Polizei über die Auseinandersetzungen anlässlich des NPD-Aufmarschs am 1. Mai 2008 dominierte an den Folgetagen die Berichterstattung: »Wenn sich die Polizei nicht dazwischen geworfen hätte, dann hätte es Tote gegeben. Das ist meine feste Überzeugung.« Besonders die rund 200 Demonstranten aus dem Spektrum der »Autonomen Nationalisten«, so der Tenor, stachen durch ihre Gewalttätigkeit hervor.



»Hamburg, von autonomen Nationalisten überrannt«

Die Nutzung neuer Medien für die eigene Propaganda, der neue Look und das bedrohliche Auftreten macht »Autonome Nationalisten« für die Medien zu einem interessanten Phänomen. Neu ist es allerdings nicht: Ein Blick auf die Entstehung der Nazi-Skin-Bewegung zeigt, dass solche Merkmale in ähnlicher Form häufig Kennzeichen von jugend- oder subkulturellen rechten Szenen sind. Nichtsdestotrotz lässt sich mit der Beteiligung von AN an neonazistischen Veranstaltungen die Berichterstattung problemlos skandalisieren: »Hamburg, von autonomen Nationalisten überrannt«, malte die »Welt« nach dem 1. Mai 2008 ein Szenario totaler Hegemonie. Wirbel erregten auch Ankündigungen von AN im August 2009, anlässlich des Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess bundesweit »Flashmobs« zu organisieren – beängstigend erschien nicht vornehmlich die Tatsache, dass Neonazis zu Aktionen aufriefen, sondern vor allem die neue Aktionsform, die Unberechenbarkeit und Allgegenwärtigkeit suggerierte. Letztlich kam es an jenem Tag zu vereinzelten Aktionen von Neonazis, das öffentliche Interesse war ihnen mit diesem medialen Kniff jedoch garantiert.

Die mühselige Differenzierung in verschiedene extrem rechte Spektren wird mitunter von einer einfachen Rechnung abgelöst: »Schwarze Kleidung« und »Gewaltbereitschaft« wird unter dem Label »Autonome Nationalisten« subsumiert. Dabei ist dieser Lifestyle längst weit im extrem rechten Spektrum verbreitet – selbst bei Aktivisten, die zu den »Autonomen Nationalisten« auf politische Distanz gehen.

Nährboden für Extremismustheorien

Die optische Ähnlichkeit zur autonomen Linken dient auch als Beleg extremismustheoretischer Ansätze. Bemerkenswert sind etwa die Ausführungen des Rostocker SPD-Abgeordneten Mathias Brodkorb bei einer Veranstaltung des Brandenburger Verfassungsschutzes zu »Autonomen von rechts und links« im Juni 2010. Weil es so praktisch sei, führte er dort aus, betrieben AN ganz bewusst »Mimikry« linker Autonomer. Als theoretische Erklärung lieferte Brodkorb ein Zitat von Rudolf van Hüllen, einem ehemaligen Verfassungsschutz-Mitarbeiter für Linksextremismus: »Form und Inhalt ihrer politischen Produktpiraterie klaffen schon deshalb nicht auseinander, weil ihre ›linke‹ Variante immer schon essentiell faschistoide Züge in sich bewahrte.« Die Genese der AN stellte Brodkorb in einen direkten Zusammenhang mit linken Gegenprotesten: Antifaschistische Blockaden seien ungewollte Katalysatoren, denn ein verhinderter Aufmarsch ziehe Wut und Gewalt von rechts nach sich. »Reibung erzeugt eben Hitze«, konstatierte Brodkorb, ohne auf die Ursachen extrem rechter Verhaltensmuster einzugehen.

Was ist überhaupt ein »Autonome Nationalist«?

Die Aufgabe, »Autonome Nationalisten« von anderen Neonazi-Spektren abzugrenzen und das Phänomen politisch einzuordnen, stellt sich der Schwerpunkt im »Rechten Rand« anhand ausgewählter Beispiele. Kleidung und Auftreten bezeugen vor allem die Akzeptanz bestimmter modischer Trends. Sich anhand von Piercings und Kapuzenpullis tragenden Neonazis ein Bild von der AN-Szene machen zu wollen, nährt eher deren Wunschträume, als besonders starke Bewegung von der Nordsee bis zum Alpenrand zu gelten. Verlässliche Schlüsse lässt diese Vorgehensweise nicht zu.

Inhaltliche und organisatorische Neuerungen finden sich bei AN kaum. Als Zielgruppen dienen vornehmlich Jugendliche und die eigene Szene, weniger jedoch die »Bevölkerung« – kein neues Phänomen, unterscheidet aber AN von anderen Neonazis. Geändert hat sich auch weniger die Gewaltbereitschaft von Neonazis, sondern vielmehr die Art und Weise, wie diese Gewalt ausgeübt wird: kollektiv und mit einem hohen Maß an öffentlicher Selbstinszenierung. Qualitative Unterschiede finden sich bei den neuen kulturellen und ästhetischen Konzepten: Ausdrucksformen der autonomen Linken in Form von Symbolen und Aktionsformen werden adaptiert und bestimmte musikalische Stile nutzbar gemacht – dies bietet neue Andockmöglichkeiten an andere Subkulturen, modernisiert die Neonazi-Szene und pluralisiert die Jugendkultur innerhalb der extremen Rechten.

Dass AN oftmals mehr Projektionsfläche bieten, als dass sie der rechten Szene reale Optionen auf eine »neue Bewegung« bieten, lässt sich vermutlich am hohen Anteil an Aussteigern aus dem AN-Spektrum ablesen. In einigen Regionen Deutschlands und Europas treten AN massiv auf, in anderen kaum – das liegt nicht zuletzt an den Initiativen lokaler Neonazi-Kader und der Neonaziszene vor Ort. Mancherorts ist der Hype wieder deutlich abgeebbt. Ob sich AN tatsächlich in das nächste Jahrzehnt retten können, wird sich zeigen. Zweifellos aber belegen sie das Bedürfnis von Teilen der extremen Rechten nach der Modernisierung der eigenen Szene. ■

Jubel der Jugend, Zweifel am Volk

Beobachtungen zum antibürgerlichen Gestus bei den »Autonomen Nationalisten«

»Autonome Nationalisten« sind mittlerweile stilprägend für den bundesdeutschen Neonazismus geworden. Nur am Rande behaupten sie, eine eigene politische Strategie entwickelt zu haben. Es genüge völlig, eine zeitgemäße Form für die neonazistische Spielart von Jugendrebellion zu inszenieren.

Von Christoph Schulze

»Autonome Nationalisten« (AN) sind Teil der Kameradschaftsszene und der sie umgebenden Neonazi-Jugendcliquen. Innerhalb der »Kameradschaften«, die sich in den späten 1990er Jahren formierten, sind die AN Ausdruck eines Transformationsprozesses. Der althergebrachte Runen- und Wehrmachtskitsch wurde durch Pop-Anleihen nicht ganz abgeschafft, aber an entscheidenden Stellen aufgehübscht. Früher fanden viele Neonazis in der Skinheadkultur die von ihnen gesuchten Posen von Männlichkeit und Durchsetzungskraft. Die AN haben die Suche neu begonnen und nahmen sich für ihren Ausdruck von Militanz Formen der radikalen Linken, aber auch aus der Fußballfankultur und dem Hardcore zum Vorbild.

An der Oberfläche setzten sie im gleichen Zug auch politische Akzente. Auf Neonaziaufmärschen wird häufig ein »schwarzer Block« inszeniert oder gleich der ganze Aufzug daran angelehnt. Öfter als in der Vergangenheit drehen sich die Demonstrationen um Themen wie Kapitalismus, Imperialismus, Krieg und Frieden – auch das ist ein Ergebnis der Symbolpiraterie bei der radikalen Linken.

Zielgruppe Jugend

Eine eigene Ideologie oder auch nur eine eigene politische Strategie wollen »Autonome Nationalisten« dabei aber nicht entwickelt haben. Die sauerländischen »AN Schmallenberg« schreiben etwa: »Eine eigene Weltanschauung oder ähnliches ist mit AN nicht gemeint. Man pflegt seinen eigenen Stil, man unterscheidet sich nicht von ›herkömmlichen‹ Jugendlichen.« Der »schwarze Block« sei primär ein schlichtes »Werkzeug«, um ein attraktives Erscheinungsbild zu vermitteln und sekundär, um Schutz und Anonymität zu gewährleisten, bekennt eine sich »Militante Rechte« nennende Gruppe im Internet. Zielgruppe sei »die deutsche Jugend«.

Die zitierten Stellungnahmen machen deutlich, dass die »Autonomen Nationalisten« nicht den Nazismus modernisieren, wohl aber die neonazistische Jugendkultur aufpeppen wollen. Wie selbstverständlich ordnen sich die »Aktivisten« der »AN Schmallenberg« selbst als Jugendliche ein. Tatsächlich sind die »Autonomen Nationalisten« im Durchschnitt um einiges jünger als andere Neonazis.



Die häufigste Kritik an den »Autonomen Nationalisten« durch andere Neonazis – vorgetragen meist von der NPD und klassischen »Kameradschaften« – betrifft genau das jugendlich-militante Gebaren des »schwarzen Blocks«. Wenn man möglichst viele Menschen erreichen wolle, dürfe man – Pop hin oder her – nicht als Bürgerschreck daherkommen.

Abschied vom »Bürger«

Auffällig ist aber, dass die AN sich in ihrem Fokus auf die Jugend vom herkömmlichen Objekt nazistischer Politik verabschiedet zu haben scheinen. »Das Volk« oder »der Bürger« spielt bei den »Autonomen Nationalisten« allenfalls eine untergeordnete Rolle. Neonazis jeder Couleur klagen allgemein gerne über die ideologische »Verblendung« des »deutschen Volkes«, dessen eigentlich quasibiologischer »Volksgeist« durch die fortdauernde alliierte Umerziehung künstlich unterdrückt sei. Entgegen dieser Norm, so das Selbstbild der Neonazis, wagen sie, die Wissenden, die Wahrheit auszusprechen und machen sich auf, das »Volk« zu befreien. »Autonome Nationalisten« glauben ebenfalls, diesen vermeintlichen antinationalen Verblendungszusammenhang erkennen zu können. Sie halten jedoch eine Befreiung des »Volkes« offenbar für derzeit unmöglich und den Versuch dazu nicht einmal erstrebenswert.

Erreicht werden sollen eben nur die »jungen Deutschen«, die für Gewaltästhetik offen sind. Mögliche Abschreckungseffekte gegenüber »dem Bürger« scheinen nebensächlich. Mit großer Verve wurde schon in den AN-Anfangstagen argumentiert. »Zustimmung und Akzeptanz beim Bürger erreichen? Bei welchem Bürger denn? Beim verblödeten BRD-umerzogenen Mittvierziger?«, wetterte ein User 2004 im damals wichtigen »Freien Forum«. Ein weiterer Diskutant: »Schon mal drüber nachgedacht was der Bürger überhaupt von uns denkt? [...] Der Normalbürger interessiert sich einen Scheiss für uns. Daher sollten wir endlich einen dicken Haufen auf den Bürger scheißen.«

Ähnliche Einschätzungen sind auch weiterhin verbreitet. Um ihre Demonstration am 1. Mai 2010 zu bewerben, hielt beispielsweise der »Nationale Widerstand Berlin« Mitte März 2010 zwei Infostände im Süden der Stadt ab. In einem Bericht schildern die Neonazis mit harschem Rassismus die Stimmung am ersten Standort im migrantisch geprägten Neukölln: Es sei »eine erschreckende Erkenntnis« gewesen, zu sehen »inwieweit unser Volk doch bereits entartet und rassisch vermischt ist.« Doch auch am zweiten Standort im mehrheitsdeutschen Stadtteil Rudow kam keine rechte Stimmung auf. Denn dort »zeigte sich dann die andere Fratze der BRD. Wohlstandsorientiertes Spießertum, wohin man nur sah. Hier war den Menschen eher die Angst um ihr kleines bisschen Wohlstand und ihre persönliche Ruhe anzumerken.« Solche Worte wählt wohl niemand, der ernsthaft bemüht ist, beim Publikum der eigenen Aktivitäten Sympathien zu wecken.

Personellen Zulauf über kulturelle Innovationen haben die »Autonomen Nationalisten« für den bundesdeutschen Neonazismus in den Jahren ihres Bestehens zweifellos geleistet. Sie neigen jedoch auch dazu, es sich in ihrem subkulturellen Eckchen allzu bequem zu machen und Arbeit an gesellschaftlicher Zustimmung für ihre Positionen als aussichtslos abzulehnen. Eine längerfristige politische Perspektive hält der Barrikaden-Romantizismus dieser jungen Neonazis nicht bereit. ■

»Autonome Nationalisten« im Westen

Nordrhein-Westfalen als Hochburg »Autonomer Nationalisten«

Die Hochburg »Autonomer Nationalisten« in Westdeutschland liegt in Nordrhein-Westfalen. Die lebendige Szene dort ist in Großstädten und im ländlichen Raum aktiv.

Von Rainer Brahms

Es waren Berliner Neonazis der »Kameradschaft Tor« (KS Tor), die 2002 als erstes mit dem Begriff »Autonome Nationalisten« (AN) experimentierten. Die weitere Entwicklung der AN wurde aber entscheidend von Neonazis aus Nordrhein-Westfalen (NRW) geprägt. »Autonomen Widerstand organisieren – Autonome Nationalisten« stand beispielsweise am 1. Mai 2003 auf einem Transparent bei einem Aufmarsch in Berlin, an dem auch Neonazis aus dem Ruhrgebiet teilnahmen. Wenig später war das Banner bei einem Aufmarsch am 14. Juni 2010 im nordrhein-westfälischen Hamm wieder zu sehen. Zu diesem Zeitpunkt waren die AN nur eine kleine Gruppe im Spektrum der »Kameradschaften« und der »Freien Nationalisten« (FN). Doch vor allem Neonazis aus dem Ruhrgebiet wie Dennis Giemsch und Steffen Pohl waren es, die mit ihrem Internet-Projekt »Freier Widerstand« in der Folge die Diskussion bundesweit um das neue Auftreten vorantrieben. Während die »KS Tor« 2005 verboten wurde, erlebte der AN-Style in NRW ab diesem Zeitpunkt einen regen Bedeutungszuwachs. Heute ist der Großteil der Neonazis aus NRW den AN zuzurechnen.



Status Quo

Der Schwerpunkt der AN-Aktivitäten liegt im Ruhrgebiet, vor allem Dortmund sticht hervor. Der dortige »Nationale Widerstand« (NW) um Giemsch und Alexander Deptolla ist die mit Abstand aktivste Gruppe in der Region und gilt auch bundesweit als Vorzeigeprojekt der AN. Kontinuierliche Aktivitäten – Demonstrationen, Kundgebungen, Konzerte und militante Angriffe auf politische Gegner – haben dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren diverse Aktivisten der AN in die Stadt zogen. Bundesweit und international gut vernetzt, verfügt man über eigene Räume in einem »Nationalen Zentrum« und hat es geschafft, mit dem »Nationalen Antikriegstag« einen festen Termin im Kalender der deutschen Neonazi-Szene zu etablieren (s. **DRR** Nr. 119). Waren es 2005 noch 240 Teilnehmer, so stieg die Zahl bis 2008 auf 1.200 Neonazis, die zu dem Aufmarsch kamen. 2010 mobilisierte die Szene nun für den 4. September zum »Antikriegstag«.

Doch die AN sind kein reines Großstadtphänomen. Lagen ihre Schwerpunkte zunächst in Metropolen wie Dortmund oder Essen (»AG Essen«), gelang es den dortigen Neonazis Stück für Stück auch in kleineren Städten am Rande des Ruhrgebiets Gruppen aufzubauen. Gezielt wurden lokale Neonazis in Aktivitäten eingebunden, die entstehenden Gruppen mit Propagandamaterial versorgt und durch die Organisation von Aufmärschen in deren Städten unterstützt – mit Erfolg! Während die Essener Szene gegenwärtig stagniert, sind es junge Neonazis des »NW Recklinghausen«, der »AN Marl« beziehungsweise heute des »NW Marl«, der »AN Haltern«, der »FN Gladbeck« oder der »AN Ahlen«, die fast wöchentlich Aktionen durchführen. Gerade beim Aufbau der jetzt offenbar aus Angst vor Repression in ein gleichnamiges »Koordinationsnetz« umbenannten »Aktionsgruppe Ruhr-Mitte« taten sich junge »Autonome Nationalisten« aus diesen Städten hervor. Aber auch im ländlich geprägten Sauerland und in Ostwestfalen-Lippe haben sich AN-Gruppen gebildet, die Unterstützung aus Dortmund oder dem niedersächsischen Hannover bekommen.

Anders verlief die Entwicklung im Rheinland. Die ersten AN, wie zum Beispiel die »AN Pulheim«, entstanden dort in kleinen Orten. Mittlerweile existieren neben etablierten Gruppen, wie den »AN Leverkusen/Leichlingen«, auch in Neuss und Köln Strukturen, die sich in der regionalen Vernetzung der »Aktionsgruppe Rheinland« organisieren.

Ein Schwerpunkt der AN ist neben der antisemitisch konnotierten Agitation gegen »Kapitalismus« und »Globalisierung« die »Anti-Antifa-Arbeit«. Sie initiieren zudem eigene Kampagnen, beispielsweise gegen das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen oder eine »Anti-Kommunismus-Kampagne«. Generell setzt man hier nicht auf Großveranstaltungen, sondern führt auf lokaler Ebene fast wöchentlich kleinere Propagandaaktionen, Störungen von Veranstaltungen politischer Gegner oder Kundgebungen durch.

Back to the roots

Verwendeten in NRW 2008/2009 mehr als 20 Gruppen die Bezeichnung »Autonome Nationalisten« (s. **DRR** Nr. 117), so ist heute ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Die Umbenennung von »AN« hin zu »Nationaler Widerstand« oder »Freie Nationalisten« ist mehr als ein Wechsel im Namen, er ist Zeichen für eine Kursänderung. Nach dem Ausstieg mehrerer AN-Aktivisten hat man offenbar erkannt, dass die Übernahme des linken Lifestyles und linker Aktionsformen zwar auf Jugendliche attraktiv wirkt, diese aber vor allem an Action und militantem Gestus interessiert sind. In ihrem Alltag und ideologisch haben sie sich häufig von den Inhalten des Nationalsozialismus entfernt. Mit politischen Erklärungen (»Gegen Verfälschung und kontraproduktive Erbneuerungen«) versucht man jetzt, dieser Probleme Herr zu werden. Und so gleicht die ehemals jugendkulturell und trendig gestaltete Website der »AG Ruhr-Mitte« jetzt dem Stil, den man bisher von bündischen Gruppen wie der »Heimattreuen Deutschen Jugend« kannte. Klassisch heißt es dort, »die Revolution beginnt im Geiste« und erklärt: »Nationalen Sozialismus fühlen, verinnerlichen und leben«. Bei einer Demonstration in Recklinghausen untersagte man zuletzt sogar englischsprachige Parolen und präsentierte sich wieder fast ausschließlich traditionell mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot und schwarzen Fahnen mit Schwert und Hammer. ■

»Autonome Nationalisten« im Osten

Thüringen: Zwischen Abgrenzung und Integration

»Autonome Nationalisten« spielen als eigenständige Kraft in Thüringens Nazi-Szene kaum eine Rolle. Sie sind nur eine weitere Strömung neonazistischer Subkultur. Die NPD laviert zwischen Abgrenzung und Integration.

Von Carl-Eckard Kahn

Am 1. Mai 2010 waren rund 400 Neonazis einem Aufruf der Thüringer NPD zum Aufmarsch in Erfurt gefolgt. Etwa 50 von ihnen – einige in der Aufmachung »Autonomer Nationalisten« (AN) – versuchten eine Polizeikette zu überwinden, nachdem Blockaden den Aufmarsch gestoppt hatten. Für Thüringens NPD ist dieser Ausbruchversuch aus dem Polizeikessel und das Auftreten einiger AN in dem Aufmarsch ein Problem. Denn die Partei unter ihrem Vorsitzenden Frank Schwerdt und dem Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke ist seit Jahren um ein möglichst bürgernahes Image bemüht. Militante »Autonome Nationalisten« oder ein »Schwarzer Block« schaden da nur. Und so laviert die Partei, die die Thüringer Naziszene dominiert, zwischen Abgrenzung und Integration von den parteifreien Neonazis. Einerseits distanzierte sich die Partei in der Vergangenheit von den AN, andererseits zierte das Fronttransparent des NPD-Aufmarschs am 1. Mai auch eine schwarze Fahne mit dem Aufdruck »Freier Nationaler Widerstand«.

Subkulturelle Mischszene

Bei den zahlreichen RechtsRock-Konzerten und Aufmärschen in Thüringen stehen AN einträchtig neben klassischen Naziskins, Völkischen, Nazi-Hools, älteren Herren mit Schlips und Kragen, langhaarigen NSBM-Fans oder gescheitelten Jünglingen. AN sind zwischen den Strömungen der Naziszene hier nur eine weitere Spielart rechter Jugendsubkultur. Die Stilelemente und das Agieren der AN sind bei den Aufmärschen nicht hegemonial.

Beobachter schätzen die Zahl der AN in Thüringen auf etwa 80 bis 100. Ihre Stärke ist regional unterschiedlich. Dort, wo bereits früher »Kameradschaften« aktiv und neonazistische Subkulturen verbreitet waren, finden sich auch heute wahrnehmbare AN-Strukturen – zum Beispiel im Ilmkreis, in Altenburg, Südthüringen, Nordhausen oder Erfurt. Enge Überschneidungen gibt es zwischen rechten Hooligans und AN, so zum Beispiel in Nordhausen rund um die Gruppe »NDH-City«. AN haben in Thüringen bisher nur wenige neue Jugendliche angezogen. Eher haben langjährige Aktivisten das Label für sich entdeckt und nutzen es nun. Darüber hinaus scheinen AN eher ein ländliches und kleinstädtisches Phänomen zu sein. In den größeren Städten Erfurt, Gera und Jena spielen sie trotz ihrer Existenz keine herausgehobene Rolle in der Szene.

Aufmärsche, Musik und Gewalt

Explizit als AN bezeichnen sich heute in Thüringen nur die »Autonomen Nationalisten Südthüringen«, die »Autonomen Nationalisten Weimar« und die »Autonomen Nationalisten Nordhausen«. Alle anderen parteifreien Strukturen des aktionistischen Spektrums verwenden die Selbstbeschreibungen »Freies Netz« (Altenburg, Jena, Saalfeld), »Freie Kräfte« (Gotha, Saale-Orla-Kreis, Eichsfeld) oder »Nationale Sozialisten« (Erfurt, Gera). Als eigenständige Kraft treten die AN in Thüringen kaum auf, sie beschränken sich auf regionale Flugblatt- oder Transparentaktionen und die Beteiligung an Aufmärschen und Konzerten anderer Veranstalter. In Thüringen gelang es ihnen bisher nicht, eigene Aufmärsche mit einer relevanten Teilnehmerzahl zu organisieren. So marschierten beispielsweise am 20. Februar 2010 nur etwa 15 Nazis unter der Führung der »Autonomen Nationalisten Weimar« durch die Stadt. Einzig die Kleingruppe »Smash The Exploiters« aus Südthüringen setzt – ähnlich wie AN in anderen Regionen – kontinuierlich auf Anglizismen in der Sprache und Themen wie Tierrechte und »Antikapitalismus«.

Ein gutes Beispiel, um die Situation der Thüringer AN zu zeigen, ist Nordhausen. 2004 traten hier erstmals Neonazis aus der Region als »Autonome Nationalisten« auf überregionalen Aufmärschen auf. Ein kleiner Kern von Aktivisten sammelte nun mal mehr, mal weniger Sympathisanten um sich und tritt über die Jahre unter wechselnden Namen auf. Man pflegt die Mode der AN, setzt auf Gewalt, unterhält Kontakte zur NPD und zu Hooligans, fährt zu Aufmärschen und Konzerten und betreibt eine eigene Website. Eigene Aktivitäten und inhaltliche Arbeit scheiterten jedoch meist. Es fehlt der Gruppe einfach an einem tragfähigen Unterbau.

Verhältnis zur NPD

Der NPD ist es gelungen, eine unangefochten Stellung in der Thüringer Neonazi-Szene zu erlangen. Schon früh propagierte sie offensiv einen »Antikapitalismus von Rechts« und setzte auf die Verzahnung von Partei und Subkultur. Vor allem dem NPD-Landesgeschäftsführer Wieschke gelingt es, auch den militanten Flügel der Szene an die Partei zu binden und so eigenständige Organisierung zu verhindern. Konzerte (»Rock für Deutschland«, »Fest der Völker«) und die NPD-nahen Versände aus Thüringen (»Germania Versand«/»WB Versand«) sorgen für den engen Kontakt zwischen »Kameradschaften«, AN und Partei. Im Zuge der 2004 von der NPD propagierten »Volksfront von Rechts« und der 2007 in Thüringen gestartete Mitgliederkampagne traten zahlreiche Kameradschafts- und AN-Aktivisten der NPD bei und stellten ihre unabhängige Arbeit ein. Doch das enge Verhältnis zwischen AN/»Kameradschaften« und Partei war auch immer wieder Brüchen unterworfen. So hatten im April 2008 »Autonome Nationalisten« die Internetseite der NPD in Weimar gehackt, nachdem die Partei zuvor ankündigte, bei einem Aufmarsch in der Stadt mit dem eigenen Ordnerdienst gegen das Auftreten von AN vorgehen zu wollen. Die Distanzierung war allerdings eher taktisch motiviert. Denn an einer Polizeisperre gingen NPD-Funktionäre und AN dann bei dem Aufmarsch gemeinsam unter den Fahnen der Partei militant gegen die Polizei vor.

Fazit

In Thüringen sind die AN vor allem Ergebnis kultureller Modernisierung und Diversifizierung der Neonazi-Szene. Mit der Aneignung unterschiedlicher jugendkultureller Formen durch die extreme Rechte sind auch Kleidungs- und Musikstile sowie Aktionsformen übernommen worden, die bisher eher linken oder alternativen Bewegungen zugerechnet wurden. Die NPD als stärkste Kraft im organisierten Neonazismus befindet sich in einem Dilemma. Grenzt sie sich von den AN ab, verliert sie Sympathisanten, lässt sie dagegen die Inszenierung von Militanz zu, scheitert ihr Weg in die Mitte der Gesellschaft. Thüringens NPD scheint bisher einen recht erfolgreichen Mittelweg zwischen Integration und Ausgrenzung gefunden zu haben. Eine eigenständige Organisierung von AN konnte sie verhindern. Handlungsfähige Strukturen der AN existieren in Thüringen nicht. ■

»Autonome Nationalisten«?

Versuch einer politischen Bestimmung

Um das Phänomen der »Autonomen Nationalisten« ranken sich etliche unterschiedliche Definitionsansätze. Strasseristisch sollen sie sein, nationalrevolutionär oder doch neonazistisch, eine ganz neue Erscheinung, eine Jugendbewegung oder einfach eine ganz schlechte Kopie der linken autonomen Bewegung.

Von Regina Wamper

» Der Autonome Nationalismus bezeichnet eine Agitationsform [...]. Eine eigene Weltanschauung o.Ä. ist mit AN nicht gemeint.«

Dieses Bekenntnis aus einem Statement zum Autonomiebegriff, das auf zahlreichen AN-Homepages zu finden ist, deutet auf die ideologische Selbstverortung der »Autonomen Nationalisten« (AN) hin.



Spektren der extremen Rechten

Die Rechtsextremismusforschung geht relativ konsensual von drei »großen« Spektren der extremen Rechten aus, die freilich mehr eint als trennt, und die sich teils nur analytisch ausdifferenzieren lassen. Dabei geht es um inhaltliche Ausrichtung, um politische Strategie und um historische Bezüge.

Jungkonservative lassen sich im Umfeld von publizistischen Projekten wie der Wochenzeitung »Junge Freiheit« oder dem IfS verorten und greifen zurück auf die jungkonservative Bewegung in der Zwischenkriegszeit um Publizisten wie Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler. Sie adressieren Eliten und versuchen, ins konservative Spektrum hineinzuwirken.

Nationalrevolutionäre docken traditionell an die Bewegung um Ernst Jünger, Ernst Niekisch und Karl Otto Paetel an und grenzen sich vom NS in der Regel ab. Ihr politisches Programm adressierte die ArbeiterInnenbewegung und suchte verstärkt linke Theoreme wie beispielsweise den Syndikalismus faschistisch zu deuten und so auch Teile der Linken für einen »gemeinsamen Kampf« gegen den verhassten Liberalismus zu gewinnen. Heute bewegen sich Nationalrevolutionäre beispielsweise um das unlängst eingestellt Zeitschriftenprojekt »Der Fahnenträger«.

Der Neonazismus schließlich knüpft direkt an den Nationalsozialismus an, forciert den Führerkult um Hitler und Hess und nimmt sich SA und SS als historisches Vorbild.

Politische Einordnung der AN

In dieser Spektrumsbestimmung gehören »Autonome Nationalisten« dem Neonazismus an. Inhaltliche Arbeit ist allerdings nicht gerade eine Stärke der AN und so lassen sich die Bezüge zum Nationalsozialismus eher aus Aufrufen zu Hess-Märschen und Zurückweisungen der »Vorwurfs« der ideologischen Distanz zum Nazismus der NPD ablesen. Nichts unterscheidet sie ideologisch von der NPD und den neonazistischen parteifreien Kameradschaften. Querverbindungen zu heutigen Nationalrevolutionären oder Bezüge auf die historische nationalrevolutionäre Bewegung lassen sich nur selten finden. Und so verweist die gelegentliche Selbstbezeichnung als »nationalrevolutionär« vielmehr auf einen kulturellen Habitus als auf ein ideologisches Bekenntnis.

Organisationsform

Auch hinsichtlich der Organisationsformen der »Autonomen Nationalisten« ist keine Neuerung in Sicht. Mit dem schwammigen Bezug auf den Autonomiebegriff ist nicht etwa ein neues Organisationskonzept gemeint, geschweige denn der Versuch des inhaltlichen Andockens an den libertären politischen Entwurf der autonomen Linken. Und langsam geben es die AN auch selbst auf, den Begriff inhaltlich füllen zu wollen, und bestimmen »Autonomie« lapidar als Parteifreiheit – freilich ohne Aufgabe des Führerkultes. Mit diesem Eingeständnis – auch an andere extrem rechte Kräfte – unterscheidet sie aber auf der Ebene der Organisationsform nicht von anderen parteifreien Kameradschaften.

Die faschistische Ästhetisierung von Politik

Auf diesen Ebenen des Politischen ist das Phänomen der »Autonomen Nationalisten« nicht als Neuerung zu erklären. Was »neu«, was abweichend ist, lässt sich eher durch einen Blick auf kulturelle und vor allem ästhetische Konzepte verstehen.

Faschistische Bewegungen waren stets darum bemüht, ihrem Programm eine revolutionäre Ausdrucksform zu geben. Die verhasste »Dekadenz der Moderne« wurde mit den ästhetischen Mitteln der Moderne bekämpft. Es galt dem Nationalsozialismus und auch dem italienischen Faschismus, in seiner Selbstinszenierung als moderne politische Massenbewegung gegen »die Reaktion« ebenso zu kämpfen wie gegen die »Rotfront«.

Die aktuelle neonazistische Bewegung und so auch die AN stehen vor einem Dilemma: Ihr expliziter Rückgriff auf einen vergangenen Gesellschaftszustand – auf den NS – bringt ihnen nicht selten den Ruf des »Ewiggestrigen« ein. So müssen moderne, revolutionäre Ausdrucksformen gefunden werden. Die AN haben das erkannt, die Parole »Revolutionär – statt Reaktionär!«, unter einem Text der »AN Wolfenbüttel/Salzgitter« bringt dies signifikant auf den Punkt, ähnlich wie etliche Abgrenzungen von »NS-Nostalgie«, freilich nicht ideologisch sondern ästhetisch gemeint. Denn »[u]nsere Aufgabe ist es daher nicht das Rad neu zu erfinden. Unsere Aufgabe ist es dieser na-

türlichen Weltanschauung wieder eine Öffentlichkeit zu geben«, so betont es die »AG Schwaben«. Mit »dieser natürlichen Weltanschauung« ist der Nationalsozialismus gemeint, der nun den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst, den Menschen attraktiv gemacht werden muss.



Die AN als Jugendbewegung

Der »Autonome Nationalismus« ist eine neonazistische Jugendbewegung; er adressiert Jugendliche und greift auf Ausdrucksmittel zurück, die jugendkulturell vermittelt sind. Dabei adaptieren »Autonome Nationalisten« selektiv politische und kulturelle Ästhetiken und Praktiken der linken Autonomen, die in popkulturellen Diskursen oder massenmedial als revolutionäre, radikale, militante Gesten gekannt werden, deren systemantagonistische Assoziationen also öffentlich wirkmächtig sind. Damit schließen »Autonome Nationalisten aber nicht direkt an ihre politischen GegnerInnen an, sondern an die medial vermittelten Bilder der autonomen Linken. Mit dem Zeitgeist gehend, bringen die »Autonomen Nationalisten Delmenhorst« diesen Aspekt auf den Punkt. Es gehe um »ein neues, modernes Auftreten, das mit der Zeit geht und uns gerade für junge Menschen attraktiver macht; sowie die Übernahme des ›schwarzen Blocks‹ als wohl auffälligste Aktionsform«. »Autonome Nationalisten« sprechen Jugendliche an, bei denen es durchaus fraglich ist, ob sie für rechte Skinhead-Kultur ebenso zugänglich wären.

Die Strategie der Adaption ist keineswegs neu. Schon in der Weimarer Republik griffen FaschistInnen auf die kulturellen Ausdrucksformen der ArbeiterInnenbewegung zurück um diese in völkisch-nationalistische Deutungsmuster zu transformieren und so ArbeiterInnen einen Weg in den Nationalsozialismus anzubieten, ohne dass diese ihren kulturellen Habitus aufgeben müssen. Auf der Ebene der strategischen Operationen sind die AN vergleichbar mit ihren historischen Vorbildern. Allerdings geht es aktuell nicht darum, den politischen GegnerInnen den Weg in die extreme Rechte unter Wahrung ihrer kulturellen Formen zu ebnen, sondern AN schließen an popularisierte Ausdrucksformen an, um Deutungshoheiten zu erlangen. Diese Vermittlungen sind nicht als »Querfront« zu verstehen oder an Mitglieder adaptierter Subkulturen adressiert, vielmehr gilt es, Anschlussfähigkeiten an die eigene Szene zu vervielfältigen, denn, so schreiben es die »Nationalen Sozialisten Amberg«, die sich »schon lange aus dem ›Sumpf‹ der Subkulturen erhoben haben« wollen: »Auf was für Klamotten du stehst oder wie du deine Haare gern trägst, ist für den politischen Kampf nicht von Bedeutung«. AN wollen Bilder der Radikalität vermitteln, Konzepte nationalistisch recodieren und extrem rechte Jugendkultur pluralisieren.

Musikalische Neubestimmungen

Die Pluralisierung passiert nicht nur über die selektive, aber nicht beliebige Adaption linker Ausdrucksformen, sondern auch über Adaptionen musikalischer Genres. Aber auch hier – beispielsweise im Bereich des Hardcore – geht es nicht in erster Linie um eine Intervention in die bestehende Hardcore-Szene samt seiner linken Sub-Szenen, sondern um einen neonazistischen Zugriff auf popkulturell verbreitete Stile. Es handelt sich nicht um eine »Unterwanderung«, denn die Entwicklung von NS-Hardcore vollzog und vollzieht sich trotz möglicher Anknüpfungspunkte isoliert vom restlichen Hardcore. Wenige Chancen sahen neonazistische Hardcore-Bands bezüglich eines politischen Wirkens im Mainstream-Hardcore. 1991 formulierte der Sänger der NSHC Band Extreme Hatred auf die Frage, ob es einen Platz für extrem rechten Hardcore in der Hardcore Szene gebe: »Never! [...] We will never have a fighting chance; however, we seem to do fine where we are.« An dieser ablehnenden Einstellung hat sich im Wesentlichen nichts geändert. NSHC nutzt nicht die gängigen Distributionswege von Hardcore, nicht die Auftrittsmöglichkeiten, nicht Labels und Fanzines. Es gibt keine personellen Überschneidungen, es besteht keine Misch-Szene, in der eine »Unterwanderung« stattfinden könnte. So handelt es sich um eine politische Nutzbarmachung musikalischer Stile, nicht aber um eine Intervention in (sub)kulturelle Szenen.

Die AN als Suchbewegung

Bei NS-Hardcore, wie auch bei dem damit eng verbunden Konzept der »Autonomen Nationalisten«, geht es um eine selbstreferentielle Modernisierung der Nazi-Szene, um eine Aufgabe alter Formen und einer damit einhergehenden Suchbewegung. Die Adaptionen spielen sich auf der Ebene des Ästhetischen ab. Explizit abgegrenzt wird sich gegen die Ausschließlichkeit extrem rechter Skinheadkultur und dem störrischen Festhalten an alten Parolen und Ausdrucksformen – ganz im Gegensatz zu deren Inhalten, die hier schlicht neu verpackt werden. Motivation und Ziel ist es, revolutionäre Gesten zu produzieren, um faschistischen Konzepten moderne Ausdrucksformen zu verleihen.

Damit soll die Strategie der Adaption radikaler Gesten nicht verharmlost werden. Denn gelingt es den »Autonomen Nationalisten«, ihr Deutungsangebot der adaptierten Ästhetiken wahrscheinlich zu machen, besetzen sie damit kulturelle Felder und können ihr politisches Konzept im Sinne einer faschistischen Ästhetisierung von Politik als revolutionären Entwurf generieren. Ob allerdings faschistische Bewegungen, die ideologisch auf Homogenisierung und Normierung setzen und gleichzeitig kulturell auf Heterogenität und Pluralisierung wert legen, die dadurch entstehenden Widersprüche bezüglich faschistischer Subjektbildungen aushalten können, ist fraglich. ■

VERBOT BESTÄTIGT

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte am 1. September 2010 das Verbot der »Heimattreuen Deutschen Jugend-Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.« (HDJ) durch das Innenministerium. Damit wehrte es die Klage der HDJ gegen das Verbot letztinstanzlich ab. Das Gericht sieht als erwiesen an, dass sich die HDJ gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte und damit einen vereinsrechtlichen Verbotsgrund erfülle (BVerwG 6 A 4.09).

Erlebniswelt »Aufmarsch«

Neue Handlungsspielräume für militante Neonazis

Mit den populärer werdenden Aktionsformen der »Autonomen Nationalisten« (AN) steigt das Maß kollektiv ausgeübter Gewalt von Neonazis. Dabei orientieren sich ihre Verhaltensweisen stark an Männlichkeitsbildern, die in der extremen Rechten vorherrschen und eröffnen neue Handlungsspielräume für gewaltbereite Neonazis.

Von Claudia Merens (»Antifaschistische Koordination Köln & Umland« (AKKU))

Physische Stärke, Risikobereitschaft und Mut sollen öffentliche Aktionen von »Autonomen Nationalisten« zur Schau stellen. Immer wieder kommt es zu Gewalt gegenüber Linken und deren Einrichtungen, Propagandaaktionen im Stadtbild und Aufmärschen, die von kollektiver Gewalt gegen Polizei und politische Gegner geprägt sind. Von zentraler Bedeutung ist dabei die territoriale Verteidigung oder Eroberung des städtischen Raums.



Markierung und Kontrolle des öffentlichen Raums

Die Aktionen der AN richten sich hier auf die »Markierung« – etwa durch Aufkleber oder Sprühereien – und die physische Kontrolle – in Form von körperlichen Auseinandersetzungen oder militanten Aktionen – dieser Räume. Während dies an sich nicht ungewöhnlich für das militante Neonazispektrum ist, sticht die Verwendung von stilistischen Mitteln wie der »Street Art« hervor, die AN für ihre Zwecke umdeuten und nutzen. Bleiben Gegenkonzepte aus – sind also physische Dominanz und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum durchgesetzt – entsteht ein Gefühl der Stärke, das Motivation für weitere Aktionen bietet.

Auf der Suche nach »Action«

Auch die Erlebniswelt »Aufmarsch« verändert sich. Viele Neonazi-Aufmärsche, an denen AN teilnehmen, kommen nicht mehr bieder und geordnet daher. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist dabei auf das Oberflächlichste reduziert. Ins Auge sticht vielmehr der Stil: der »Schwarze Block«, selbst gemalte Transparente im Graffiti-Style, Pyrotechnik und synchron in die Luft gestreckte Fäuste. Kollektive Gewalt in Form von Ausbruchversuchen durch Polizeiketten und Angriffen auf politische Gegner während oder am Rande des Aufmarsches sind Teil des Programms. Diese Aufmärsche befriedigen damit stärker als zuvor die Bedürfnisse militanter Neonazis. Der alljährlich im Februar stattfindende Neonazi-Großaufmarsch in Dresden verkörperte bisher eine wichtige Machtdemonstration für AN aus dem ganzen Bundesgebiet: Wochenlang konnte man mit Aufklebern, Plakaten und Sprühereien darauf hinarbeiten; nachträglich ließen Erlebnisberichte über die abenteuerliche Anfahrt und Scharmützel mit Polizei und Antifa den Tag noch einmal Revue passieren. Die erfolgreichen antifaschistischen Blockaden im Februar 2010 setzten dem ein Ende. Enttäuschte Stimmen über das Debakel machten sich für eine strategische Neuorientierung weg von den zentralen Großevents stark.

Werden die Aufmärsche jedoch verboten oder verhindert, fehlen dort also »Erlebnis« und Gruppendynamik, so suchten es »Autonome Nationalisten« in der Vergangenheit häufig jenseits der Aufmärsche – meist in großen Gruppen, etwa bei dem Übergriff am 1. Mai 2009 auf die DGB-Demonstration in Dortmund oder bei so genannten Spontandemonstrationen in Pirna und Gera nach dem gescheiterten Aufmarsch in Dresden.

Reproduktion männlicher Rollenbilder

Auch wenn im uniformierten »Black Block« mitunter neonazistische Frauen anzutreffen sind, ziehen Auftreten und die offene Gewaltaffinität der AN vor allem junge Männer an. Die AN reproduzieren dabei ein faschistisches Männerbild, in dem Härte, der Wille zum Kampf und Gewaltbereitschaft eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig ist die ständige Inszenierung von Männlichkeit auch von Rollenbildern geprägt, die sich im gesellschaftlichen Mainstream wieder finden: Mit Risikobereitschaft, hierarchischem Denken und Durchsetzungsvermögen decken sich die Ausdrucksformen »Autonomer Nationalisten« mit so manchen Maßstäben einer erlebnisorientierten Gesellschaft. Anknüpfungspunkt finden sie insbesondere in Subkulturen, die ähnliche Grundkonzeptionen aufweisen. In der Fußballszene beispielsweise können AN mit dem Ideal der Männergemeinschaft, dem kollektiven Erleben von Grenzsituationen, der Gewaltbereitschaft und starken Abgrenzungsmechanismen positiv anknüpfen, zumal dort extrem rechte Einstellungsmuster weit verbreitet sind.

Übernahme linker Symboliken und Gegenstrategien

Nicht zuletzt dadurch, dass die neuen Ausdrucksformen der AN sich an alternative und linke Subkulturen anlehnen, erleichtern sie sympathisierenden Jugendlichen den Einstieg in die extrem rechte Szene. Die Übernahme von Codes und Verhaltensweisen der autonomen Linken eröffnet für die Linke das Problem der Vermittelbarkeit der eigenen politischen Praxis. Auch wenn es unwahrscheinlich erscheint, dass sich Neonazis an Stilbrüchen orientieren, die gesellschaftliche Rollenbilder bewusst ins Gegenteil verkehren, ist es keine neue Entwicklung, dass vermeintlich »linke« Stile und Musikrichtungen scheinbar problemlos von Neonazis umgedeutet werden. Ob damit die eigene Symbolik generell in Frage gestellt werden muss, bleibt offen – je stärker eigene Symbole und Aktionsformen mit Inhalt gefüllt sind, desto eher geraten Neonazis an ihre eigenen inhaltlichen Grenzen. Prinzipiell bleiben die erfolgreichsten Gegenstrategien gegen »Autonome Nationalisten« weiterhin die bewährten Konstanten antifaschistischer Praxis: Aufklärung und Information, Öffentlichkeits- und Bündnisarbeit. Wo es handlungsfähige antifaschistische Strukturen gibt, die Neonazis ihre Arbeit erschweren und ihnen ihre schützende Anonymität rauben, sind »Autonome Nationalisten« erfahrungsgemäß schwach. ■

Aus den Foren auf die Straße

Können sich in Polen »Autonome Nationalisten« etablieren?

In Internetforen diskutieren polnische Neofaschisten schon seit einigen Jahren über das Konzept des »Autonomen Nationalismus«, wirkliche Aktivitäten ließen sich dagegen bisher kaum beobachten. Die Diskutierenden blickten deshalb neidisch zu ihren Kameraden in Deutschland oder Tschechien. Inzwischen gibt es jedoch Anzeichen, dass der Schritt aus der virtuellen in die reale Welt gewagt wird und dass »Autonome Nationalisten« (AN) in Polen versuchen zum Beispiel in Umweltschutz- und Anti-Drogen-Initiativen Fuß zu fassen.

Von Daniel Fleisch

Bei den bisherigen Diskussionen drehte sich das Pro und Contra zum großen Teil um das Erscheinungsbild und wer damit angesprochen werden könne und solle. Widerstand gegen den neuen Stil von Kleidung, Transparenten etc. gab es vor allem aus der Skinhead-Szene und von Traditionsfaschisten, die eine Uniformierung im Stil der »Nationaldemokratie« der Zwischenkriegszeit bevorzugen. Die äußerliche Nachahmung der »schmutzigen« Linken stieß auf Unverständnis. Allerdings wurde auch von KritikerInnen anerkannt, dass mit einem neuen Auftreten breitere Kreise der Jugend für den Nationalismus interessiert werden könnten.



Ideologische Selbstdarstellung

Verbunden mit der Frage nach dem Auftreten ist auch die Frage, welche Inhalte damit ausgedrückt werden (sollen). Unter dem recht allgemein verstandenen Überbegriff »Nationalismus« wollen die AN verschiedene ideologische Positionen vereinen und so Grabenkämpfe zwischen Nationalrevolutionären, Nationalsozialisten, Nationalkonservativen etc. überwinden. Exemplarisch schreiben etwa AN aus Stalowa Wola (ANSW) im Südosten Polens auf ihrer Internetseite: »Autonomer Nationalismus ist eine Vorgehensweise, keine eigenständige Ideologie.« Und weiter: »Nationalismus verstehen wir als Kampf um den Fortbestand unserer Nation [...]. Wir sind keine Chauvinisten, wir sind nicht feindlich eingestellt gegenüber anderen europäischen Nationen, wir glauben, dass im Angesicht der gemeinsamen Bedrohungen nur eine einträchtige und friedliche Koexistenz der europäischen Nationen eine Chance für den Sieg bringen kann.« Hierin klingt bereits an, dass der beschworene Friede nur für einen kleinen Kreis vorgesehen ist, gegen einen zu bekämpfenden Feind: »Die Wiedergeburt europäischer Nationalismen sehen wir als einzige Chance an, die Bestrebungen der Globalisten aufzuhalten«. Diese werden als gemeinsames Feindbild aller Nationalisten angesehen – wer damit gemeint ist, wird im selben Absatz explizit gesagt: »Wir widersprechen der Beteiligung der polnischen Armee an Kriegen, die unser Land nicht betreffen, die auf Bestellung Israels ausgelöst wurden und ein Werkzeug des zionistischen, amerikanischen Imperialismus sind.« Untermalt werden solche Aussagen gern mit Grafiken, die durchgestrichene Davidsterne, israelische und US-Flaggen zeigen. Entsprechend berichtete der Blog des Fanzines »Aktywista« im Dezember 2009 bewundernd von den Feierlichkeiten in Gaza zum Jahrestag der Hamas-Gründung und forderte von Nationalisten, denen der Nahostkonflikt bislang gleichgültig sei, eine klare Positionierung für die PalästinenserInnen: »eine Stellungnahme im israelisch-palästinensischen Konflikt auf der palästinensischen Seite und das Anprangern der terroristischen Politik des Staates Israel bedeutet doch keine Unterstützung der Überflutung Europas durch den Islam.«

Dieses Verständnis von Nationalismus wird als das wichtigste Ideologieelement der Bewegung empfunden, nicht nur als kleinster gemeinsamer Nenner. Ihm gegenüber treten Fragen etwa nach der Gewichtung von Antikommunismus und Antikapitalismus in den Hintergrund. Ideologische Unterschiede der polnischen AN zu ihren deutschen Kameraden zeigen sich zum Beispiel im verbreiteten Bezug auf den Katholizismus und im ausgeprägten Antikommunismus, der sich zum Beispiel in Anti-Che-Guevara-Motiven äußert. Die Übernahme linker Symbolik wird durch solche Faktoren begrenzt.

Position innerhalb des extrem rechten Spektrums

Da man sich nicht als Konkurrenz der bereits bestehenden rechten Organisationen verstehe und auch keine Ambitionen in der offiziellen Politik habe, wurde als politische Betätigung (vorerst) in erster Linie die Verbreitung von Propaganda durch Plakate, Flugblätter, Graffiti oder eigene Zeitschriften vorgeschlagen. Diese Beschränkung erregte den Spott von KritikerInnen aus anderen nationalistischen Strömungen: Mehr als das Verkleben von Aufklebern habe man von den AN bisher noch nicht mitbekommen. Dies ist den Kritisierten bewusst, als nächste Stufe sehen die ANSW deshalb vor, in den »Straßen unserer Stadt« die Bedürfnisse »der einfachen Leute« zu unterstützen. Erste Aktivitäten in dieser Richtung scheinen in den letzten Monaten begonnen zu haben: So berichtet etwa das Portal autonom.pl von mehreren Gruppen, die Spendensammlungen für Waisenhäuser oder Unterkünfte alleinerziehender Mütter durchgeführt haben. Auch in den Hilfsaktivitäten für Flutopfer im Frühsommer 2010 sahen AN eine ideale Möglichkeit, nationale Solidarität zu praktizieren und dadurch Einfluss zu gewinnen. Die »Initiative 14« berichtet außerdem von ihrer Kooperation mit einem Heim für drogenabhängige Jugendliche, dessen BewohnerInnen sie zum Beispiel Kampfsport und Straight Edge nahe bringen will.

Inzwischen sind AN in Polen auch auf rechten Demonstrationen zu sehen, zum Beispiel am Unabhängigkeitstag am 11. November oder am 1. Mai dieses Jahres in Bytom. Zahlenmäßig sind sie bislang gering vertreten. Polnische AntifaschistInnen sehen die AN deshalb noch nicht als relevante Bewegung an, warnen aber davor, sie zu ignorieren, vor allem wegen der Ausmaße, die dieses Phänomen in anderen Ländern angenommen habe, wie es etwa in einem Artikel der Zeitschrift »Nigdy Wi cej« heißt, die das Phänomen AN in ihrer Ausgabe Nr. 18 vom Frühjahr dieses Jahres analysierte. ■

Kampfansage

60. Jahrestag der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«

Die vor 60 Jahren beschlossene »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« ist das Gründungsdokument der deutschen Vertriebenen-Organisationen. Sie war vor allem eine Kampfansage an die benachbarten osteuropäischen Staaten.

Von Holger Kuhr

Deutschland im Sommer 2010: Der Stiftungsrat des »Zentrums gegen Vertreibung« wird ernannt, der personelle und inhaltliche Einfluss des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) auf die Einrichtung wird vom Bundestag gesteigert und Christian Wulff (CDU) wird als neuer Bundespräsident gewählt. Seine erste Auslandsreise führt ihn »wegen des historischen Hintergrunds« nach Polen, »um die besondere Freundschaft zwischen Deutschland und Polen zu bekräftigen«. Gleichzeitig plädiert Wulff im Spätsommer auf Initiative des BdV dafür, den 5. August 2010 zum »Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung« zu machen, als Zeichen der Anerkennung für die »Jahrzehnte Aufbauleistungen, die sie für Deutschland erbracht« hätten und um das Gedenken an die »deutschen Vertriebenen« fortzuführen, so die Forderung von Erika Steinbach, der Präsidentin des BdV, anlässlich des 60. Jahrestags der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« am 5. August.

Die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« sei ein »wegweisendes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte«, »eines der bedeutendsten Friedensdokumente«, ein »moralisches Fundament, das bis zum heutigen Tag trägt und für Europa unverzichtbar ist«, so die einhellige veröffentlichte Meinung in Deutschland. Hätte es dieses Dokument nicht gegeben, »sähe Deutschland und auch Europa anders aus«, heißt es. Die Charta gilt heute als Vorbild für Aussöhnung und Frieden in heutigen Krisengebieten, wie zum Beispiel im Nahen Osten.

Tag der Provokation

Zum Auftakt des ersten »Tages der Heimat«, provokant am fünften Jahrestag des Abschlusses des Potsdamer Abkommens, legten die »deutschen Heimatvertriebenen«, am 5. August 1950 ihre »Charta« in Stuttgart vor. Gerade dieser Termin wurde damals »mit Bedacht so ausgewählt«, standen doch die Potsdamer Beschlüsse, in denen unter anderem die territoriale Neuordnung Europas und die Umsiedlungen der Deutschen geregelt wurden, mit dieser Charta – ungenannt – am Pranger. Die bereits 1945 illegal gegründeten »Landsmannschaften« der Umgesiedelten waren von Anfang an Gegner der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Sie propagierten deren Aufhebung und sprachen sich für das »Selbstbestimmungsrecht der Deutschen«, für ein »Rückkehrrecht« der »deutschen Vertriebenen« und für das »Recht auf die Heimat« aus. Sie klagten die Politik der Alliierten und deren Entscheidungen an und versuchten, Gebietsansprüche gegenüber den Nachbarstaaten zu rechtfertigen. Sie sahen sich in einer Opferrolle, und glaubten, als einzige für die deutschen Verbrechen büßen zu müssen und ungerecht behandelt zu werden. Von dieser unverschämten Position aus verkündeten sie: »Die Welt wird zeigen müssen, ob sie bereit ist zu leben, was sie lehrt. Was sie lehrt ist genau das, was wir verlangen: das Menschenrecht auf die Heimat.«

Die »Charta« war zur Zeit ihrer Entstehung eine deutliche Kampfansage an die Bevölkerungen und die Staaten Osteuropas. Sie war weder ein Akt der Menschlichkeit, noch eine Dokumentation des Entspannungswillens. Sie zielte von Anfang an darauf ab, das Abkommen der Alliierten von Potsdam zu revidieren. Sie war ein bewusstes Gegendokument gegen die Potsdamer Protokolle.

Die »deutschen Heimatvertriebenen« legten ihre Charta im »Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewusstsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker« als eine Reihe von »Pflichten und Rechte« vor, die sie »als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen«. Im Verständnis der Verfasser galt die Charta als »das Grundgesetz aller Vertriebenen«. Die Einlösung ihrer Rechte sei eine notwendige Bedingung jeder deutschen Europapolitik.

Die völkischen Macher

Die Initiatoren, Verfasser und Unterzeichner der Charta waren Funktionäre, die schon lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland in der sogenannten »Grenzlandpolitik« oder im »Volkstumskampf« aktiv waren und dort langjährige Erfahrungen in subversiven Aktivitäten der deutschen Volksgruppenorganisationen sammelten. Sie waren eingebunden in die Untergrundarbeit des Berliner Reichsaußenministeriums in verschiedenen osteuropäischen Staaten nach dem Versailler Friedensschluss von 1919. Sie vertraten nationalistische, völkisch-rassistische, volks- und deutschtumspolitische Überzeugungen und waren fast ausnahmslos überzeugte Nationalsozialisten sowie Mitglieder der NSDAP. Diese »erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen« machten ihre Karrieren im Terrorapparat von SS und SD und waren am Vernichtungskrieg im Osten und an der Shoah beteiligt.

»Verzicht auf Rache und Vergeltung«?

In der Charta erklären die »deutschen Heimatvertriebenen« feierlich, auf jede »Rache und Vergeltung« zu verzichten.



Dieser bis heute immer wieder positiv zitierte »Gewaltverzicht« war aber alles andere als ein ernst gemeintes Bekenntnis, sondern war allein der Nachkriegszeit geschuldet – es war eine Konzession an die damaligen Verhältnisse. Damals – unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und zu Zeiten des Kalten Krieges – konnte nur ein »Gewaltverzicht« geäußert werden, alles andere hätten die Alliierten niemals zugelassen.

Überhaupt: Auf Rache und Vergeltung verzichten? Dies waren im Nachkriegsdeutschland unpassende Begriffe, missachteten sie doch völlig die Vergangenheit, die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Und wem gegenüber sollte denn auf »Rache und Vergeltung« verzichtet werden? Diese Aussage stellt eine Ungeheuerlichkeit dar, kann man doch nur auf etwas verzichten, was einem zusteht. Dies bedeutet daher also auch, dass die »Vertriebenen« mit ihrem »Verzicht« zugleich einen grundsätzlichen Anspruch auf Rache und Vergeltung geltend machen, den man mit der Charta nun beglaubigen will.

»Wurzeln der Heimat«

Die zentralen Aussagen der Charta bekräftigen die deutsche Heimatideologie: »Wir haben unsere Heimat verloren, Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet ihn im Geiste zu töten.« Hier wird mit der völkisch-konservativ-restaurativen Schöpfungstheologie nahe gelegt, es sei Gottes Wille, die »Heimatvertriebenen« in jenes Land zurückkehren zu lassen, das ihnen Gott zugewiesen habe. Weiter heißt es: »Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.«

In dieser völkischen Denkweise sind die Menschen fest »verwurzelt« mit der Natur und der Landschaft, in die sie »Gott hinein geboren hat«. Die »Verwurzelung« war das wesentliche Bindeglied und bot der Vorstellung ein überzeugendes Kriterium, Fremde vom Volk und den Vorzügen der »Verwurzelung« auszuschließen. So wurde ein Maßstab gesetzt, an dem die Vollkommenheit und die inneren Werte des Menschen gemessen werden konnten. Ein Mensch sei danach ohne diese Wurzeln stigmatisiert, seiner Lebenskraft beraubt und es mangele ihm an einer intakten Seele. »Heimat« sei ein absolutes Gut. Niemand könne den Menschen die angestammte Heimat wegnehmen. Auf sie zu verzichten, käme so auch einer Auflehnung gegen Gott gleich.

Auf Grund dieser völkischen Ideologie konstruieren die Funktionäre der »Vertriebenenverbände« bis heute ein »Recht auf die Heimat«. Dabei wird klar und bewusst eine Unterscheidung zwischen einem »Recht auf Heimat« und dem »Recht auf die Heimat« vorgenommen. Spricht man nur vom »Recht auf Heimat«, so entsteht der Eindruck als seien die Rechtsträger berechtigt, irgendwo eine »Heimat« zu haben oder zu erhalten. Spricht man dagegen vom »Recht auf die Heimat«, so ist von vornherein klar, dass der Rechtsträger, sei es ein einzelner oder sei es eine Gruppe, berechtigt ist, eine bestimmte Heimat zu haben. Die »Vertriebenen« behaupten, dieses »Heimat-Recht« sei also schon existent und es gehe somit nur noch darum, es durchzusetzen, international anzuerkennen und somit zur Norm werden zu lassen.

Deutscher Opfermythos

Mit einer weiteren Ungeheuerlichkeit, Anmaßung und Frechheit endet die Charta: »Die Völker der Welt sollen ihre Mitschuld am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.« Die Leiden der Bevölkerung in den Nachbarstaaten Nazi-Deutschlands in den Jahren bis 1945 werden hier faktisch als zweitrangig eingestuft, als untergeordnet gegenüber dem Leid der in Reaktion auf diese Politik umgesiedelten Deutschen. Der Zusammenhang mit den vorhergehenden singulären Verbrechen der NS-Politik wird nicht genannt. Allen Ernstes wird in der Charta behauptet, die »deutschen Heimatvertriebenen« seien die wahren und am schwersten betroffenen Opfer des Zweiten Weltkrieges sowie der Nachkriegszeit. »Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem« darstellt, zu »dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung gefordert« sind. Die energische Aufforderung der Umgesiedelten lautet daher: »Die Völker sollen handeln« und Wiedergutmachung leisten.

Ein »wahres deutsches Wunder«

Mit der Darstellung der Charta als einem Dokument der Versöhnung haben es die »Vertriebenen« in den letzten 20 Jahren geschafft, dass nicht mehr über die konkreten Verbrechen der NS-Zeit gesprochen, sondern dass über die deutschen Opfer im Allgemeinen und über sie als die »am schwersten betroffenen deutschen Opfer« debattiert wird. Diese »Vertriebenendebatte« reiht sich ein in die deutschen Opferdebatten der letzten Jahre. Damit wurde es geschafft, sich von der Vergangenheit zu befreien und die deutsche Nation in die internationale Opfergemeinschaft einzureihen. Die Bundesrepublik versteht sich heute als Teil des westlichen Holocaust-Diskurses und nicht mehr als dessen Objekt.

Die deutsche Öffentlichkeit kann über deutsche Opfer reden, ohne den geschichtlichen Kontext des Nationalsozialismus zu erwähnen. Damit einher geht eine Moralisierung der politischen Debatte und die Propagierung eines grundsätzlichen Rückkehrrechts der »Vertriebenen« in ihre »Heimatregionen« sowie die Forderung nach einer Wiedergutmachung angeblich noch offener Vermögensansprüche durch den BdV. Diese politische Ausrichtung findet sich auch in der Konzeption der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« wieder. Die dahinter stehenden völkischen Inhalte und Programme werden nicht thematisiert. Dies ist auch klar, denn heute wird laut und deutlich kundgetan, dass die »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« mit ihren völkischen Grundüberzeugungen ein Gründungsdokument der Bundesrepublik sei. ■

»KOPP-Online« – nicht von dieser Welt

Internetportal des KOPP Verlages

»Augen öffnen« will »KOPP-Online,« das Nachrichtenportal des KOPP-Verlages. Neben der von Montag bis Freitag ausgestrahlten Nachrichtensendung »KOPP-Nachrichten« wird in unregelmäßigen Abständen die Sendung »UNZENSIERT – Was die Massenmedien Ihnen verschweigen« übertragen. Auf der Internetseite erscheinen zudem auch täglich neue Artikel – oft mit islamophoben und versch wörungstheoretischen Botschaften. Der Verlag bleibt sich treu.

Von Margarete Schlüter

Die knapp fünf Minuten langen KOPP-Nachrichten werden seit dem 1. Juni 2010 in wechselnder Besetzung von der ehemaligen »Tagesschau«-Sprecherin Eva Herman und dem durch die Vorabendserie »Marienhof« und die Reality-Show »Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!« bekannten Schauspieler Michael Meziani moderiert.

Von einer bemüht journalistisch-objektiven Berichterstattung kann freilich bei den KOPP-Nachrichten nicht ausgegangen werden. In der Sendung vom 10. August 2010 wird überdeutlich betont, welch vermeintliche Gefahr und Amoralität vom Staat Israel ausgehe. In der Sendung wird aber auch sogleich bei einer Nachricht über Morddrohungen gegenüber einem homosexuellen belgischen Politiker vor einer angeblich drohenden Gefahr des Islamismus gewarnt, da ein Bekennerschreiben aufgetaucht sei, in dem von einem »künftigen islamischen Staates wie Belgien« die Rede ist.

»UNZENSIERT« – Nachrichten

In den »Nachrichten« bemüht sich der Journalist, Autor, Filmemacher und ehemalige Honorarprofessor Michael Vogt um die Enthüllung angeblich mutmaßlich zurückgehaltener Informationen. Vogt war während seines Studiums Mitte der 1970er Jahre Vorsitzender und Sprecher der pflichtschlagenden »Burschenschaft Danubia« München – eine Verbindung mit Kontakten zur Neuen Rechten, die auch im rechten Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« (DB) aktiv ist. Bei der DB war Vogt zudem Mitglied des extrem rechten »Hochschulpolitischen Ausschuss« (HpA). In der DB übernahm er 1977 den Vorsitz und war deren Sprecher. Er schloss sich 1979 dem durch die HpA initiierten »Ring Freiheitlicher Studenten« an – Aktivitäten, die ihn wohl nachhaltig prägten. Bemüht er sich doch mit seinen Filmen, die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht zu verharmlosen. Sein Clou: Er stellt sie einfach mit den Übergriffen der Alliierten auf eine Stufe. Zusammen mit dem Geschichtsrevisionisten Olaf Rose drehte er 2004 den Film »Geheimakte Heß«, der auch über den KOPP-Verlag zu beziehen ist.

Ende September 2007 traf sich Vogt zusammen mit führenden Funktionären der Republikaner, der NPD, der DVU und Pro Köln auf Einladung der EU-Parlamentsfraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) in Straßburg. Dies führte mit dazu, dass sich die Universität Leipzig nach zehn Jahren von ihrem Honorarprofessor am Institut für Journalistik trennte.

Von 2007 bis 2009 arbeitete Vogt bei »Secret-TV«, das im Internet mittels Videos Verschwörungstheorien, rechte Esoterik und pseudowissenschaftliche Themen verbreitet. In seiner eigenen KOPP-Sendung berichtet er über den Journalismus als den korruptesten Beruf und legt dar, Journalist/innen würden nur »im Konsens mit der Politik« schreiben und seien alle gleichgeschaltet. In einem Interview mit Udo Ulfkotte zum Thema »Bürgerkrieg« wird in Bezug auf Konflikte in der BRD stets der unhaltbare Vergleich zu den Aufständen in den französischen Banlieues gezogen. Ihre Botschaft: »Die Politik einer massenhaften Immigration und Aufbau einer sogenannten multikulturellen Gesellschaft (ist) gescheitert.«



^ Screenshot eines Videos von »YouTube«

Autoren

Die Verfasserinnen und Verfasser der täglichen Beiträge auf »KOPP-Online« veröffentlichen zum Großteil auch Bücher im KOPP-Verlag. Ihre Themenfelder decken sich so, dass Lesende auch mehr als diskret auf Bücher zum Verkauf hingewiesen werden. So warnt Ulfkotte, »Islamkritiker« und selbsternannter Abendlandretter, nicht nur in seinen Büchern vor der Ausbreitung des Islams und vor einem Deutschland bevorstehenden Bürgerkrieg (s. **DRR** Nr. 123), sondern geht dem auch in Artikeln und Interviews nach.

Den Bereich »Verschwörungstheorien« deckt insbesondere Gerhard Wisnewski ab, der im Verlag das Buch »Jörg Haider – Unfall, Mord oder Attentat« publiziert hat. Aber auch Andreas von Rétyi geht sowohl auf »KOPP-Online« als auch in seinen Veröffentlichungen der Enthüllung vermeintlich geheimer Projekte wie den Illuminati, dem 11. September 2001 und derr Bilderberger-Konferenz nach und arbeitet zu UFO-Verschwörungstheorien.

Mit »KOPP-Online« scheint Herman nun ein adäquates Medium gefunden zu haben, um ihre Vorstellungen von einem konservativen und biologistischen Frauen- und Familienbild zu verbreiten. Sie prangert die derzeitige Kindererziehung an, die nicht mehr den biologischen Vorgaben von Geschlechtlichkeit entsprechen würde und sieht eine »verhängnisvolle Entwicklung der Männerverachtung« kommen. So warnt sie auch vor Gender-Mainstreaming, das zur Auflösung der Geschlechter beitragen würde. Parallel dazu versucht sie ihre 2007 erfolgte Kündigung als Tagesschau-Sprecherin im Kontext der Gleichschaltung der Medien darzulegen – Behauptungen, die sie im KOPP-Verlag auch in Buchform erhebt.

Rezeption

Das Spektrum der Internetseiten, die die »KOPP-Nachrichten« ausstrahlen, reicht von ufologischen, esoterischen bis hin zu extrem rechten. So senden unter anderem der selbsternannte UFO-Forscher Wladislaw Raab als auch die esoterischen Erdhüter und Lichtarbeiter von »Unsere neue Erde« und die Wahrheitsbewegung die »augenöffnenden« Mitteilungen. Ebenfalls übertragen werden sie von der extrem rechten Homepage »Ex-k3-Berlin«, der NPD, dem extrem rechten Portal »Altermedia« und der rechts-konservativen Zeitung »Junge Freiheit«. ■

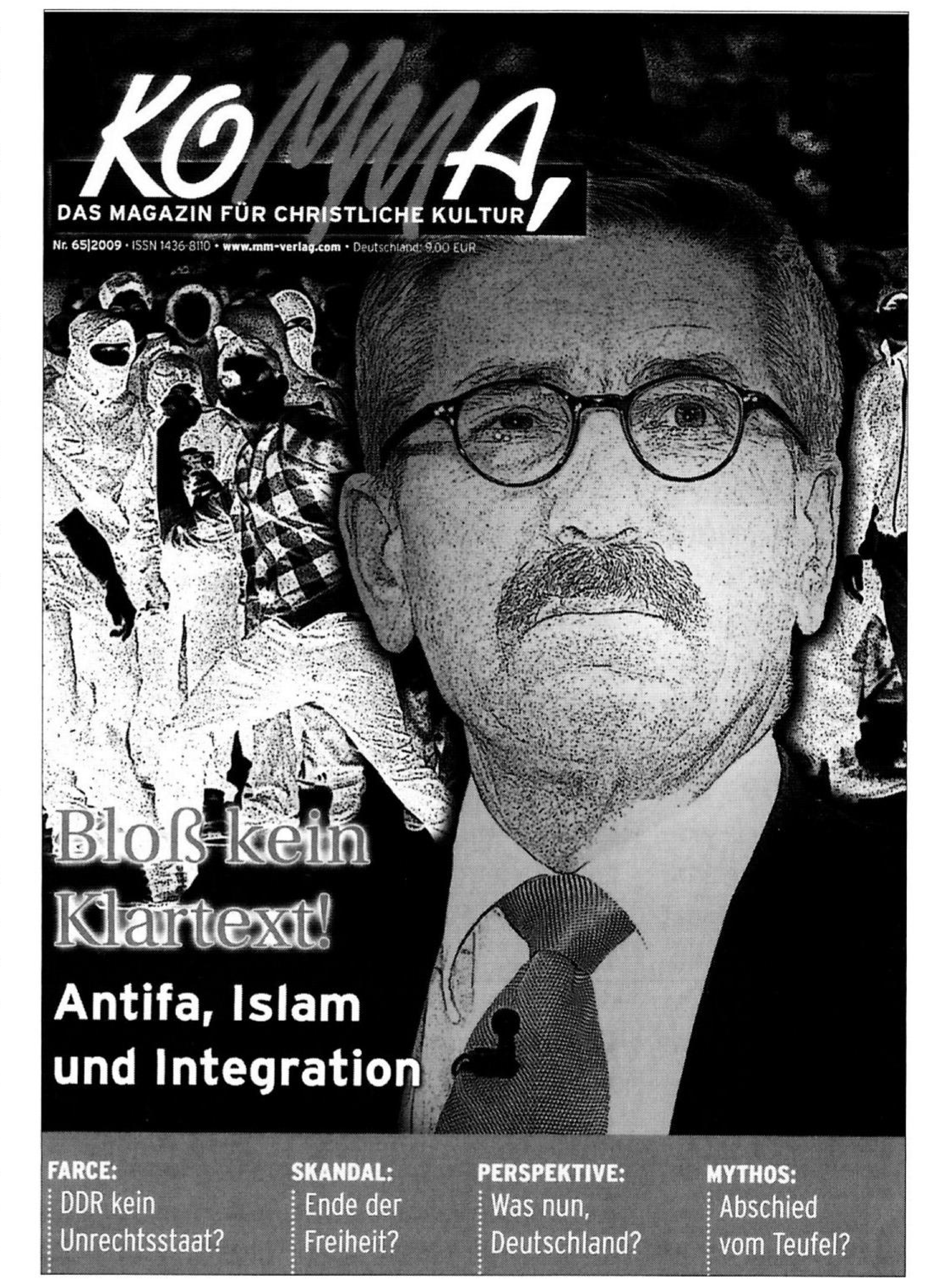
Das »KOMMA-Magazin«

Ein katholisches Kampfblatt

»Magazin für Freiheit und christliche Kultur« nennt sich das katholische Magazin »KOMMA« im Untertitel. »KOMMA« wurde 2000 gegründet und erscheint als farbige Printausgabe im A4-Format im MM-Verlag mit Sitz in Aachen. MM steht für Michael Müller, der auch Chefredakteur von »KOMMA« ist. Müller schwadroniert im Editorial gerne von den »linken Autonomen der Antifa-SA« und »staatliche[n] Blockwarten«.

von Lucius Teidelbaum

Das Blatt ist ein Sammlungspunkt von Papsttreuen, die sich von der Moderne, dem Laizismus, der Linken, dem Islam beziehungsweise einer »türkisch-arabischen Invasion« und dem Feminismus eingekreist und bedroht sehen. Dagegen setzen sie auf den Papst. So heißt es auf der Homepage: »KOMMA gehorcht gern: vor allem dem Papst, in dem Wissen, dass der Gehorsam die Freiheit schenkt und die Tür zu einer Welt aufstößt, in der alles Gute möglich ist.«



Zwischen Israelsolidarität und Verschwörungsantisemitismus

Inhaltlich wird die übliche Sammlung von erzkatholischen Thematiken bedient: Das traditionelle Familienbild (»Schutz der Ehe«), Abendlands-Verteidigung, Anti-Säkularismus und Anti-Abtreibung (»Lebensschutz«).

Die Spannbreite kann dabei im Einzelnen sehr weit gehen. Im »KOMMA«-Doppelheft 69/70-2010 findet sich einerseits ein Artikel des deutsch-israelischen Schriftstellers Chaim Noll (Jahrgang 1954), in dem dieser die Vernichtungsandrohungen des iranischen Regimes gegenüber Israel deutlich benennt und kritisiert. Noll wird im Impressum dieser Ausgabe sogar als Redakteur des Magazins aufgeführt. Im selben Heft findet sich aber ebenfalls ein Abdruck aus dem Buch »Die kommende Diktatur der Humanität« von Johannes Rothkranz. Das zitierte Werk erschien 1990 im Verlagsprogramm »Pro Fide Catholica« des extrem rechtskatholischen und antisemitischen Verlags »Anton A. Schmid« mit Sitz in Durlach (s. **DRR** Nr. 117). Auch der abgedruckte Text-Ausschnitt weist verschwörungsantisemitische Stellen auf, in denen vor den »Bestrebungen der Weltfreimaurerei (die von den »Wissenden« selbst als Synagoge Satans bezeichnet wird) gewarnt wird, »nämlich der restlosen und endgültigen Vernichtung aller Nationalstaaten, der wahren Kirche Christi und jeder natürlichen Gottesverehrung, der totalen Selbsvergötzung des Menschen und [...] des Triumphs der Synagoge Satans, der Schaffung des endzeitlichen Weltreichs des Antichristen.«

Unter den Redaktions-Mitgliedern des Magazins finden sich für Kenner der rechtsklerikalen Szene alte Bekannte wie Wolfgang Ockenfels oder Stefan Herre. In einer älteren Version des Impressums werden auch Udo Ulfkotte und Christa Meves als Mitglieder des Redaktionsteams benannt.

Wolfgang Ockenfels (Jahrgang 1947) ist Professor in Trier, Dominikanerpater und Herausgeber der konservativ-katholischen Zeitschrift »Die Neue Ordnung«. Im Jahr 2009 war er Mitbegründer des »Arbeitskreis engagierter Katholiken« (AEK) innerhalb der CDU und dem extrem rechten Monatsmagazin »Zuerst!« stand er in der Ausgabe 05/2010 für ein Interview zur Verfügung. Ockenfels ist Autor des Buches »Das hohe C. Wohin steuert die CDU?« (2009), in dem er eine christliche Rechtswende in der CDU fordert und deren Anpassung an den herrschenden Zeitgeist beklagt. Der Diplom-Sportlehrer Stefan Herre aus Bergisch-Gladbach ist Gründer und Mitbetreiber des rassistischen »Anti-Islam-Portals« »Politically Incorrect«. Udo Ulfkotte (Jahrgang 1960) tritt als »Terrorismus-Experte« in Erscheinung, der vor der »schleichenden Islamisierung Europas« warnt. Christa Meves (Jahrgang 1925) aus Uelzen ist die bekannte Verfechterin einer reaktionären Frauenrolle, die sechs Millionen Bücher verkauft haben soll.

Dass die katholische Kirche und der Papst in jüngster Zeit in der Bundesrepublik mehrfach das Objekt von Kritik und Polemik waren, schmerzt die eiserne Garde der Papsttreuen hierzulande. Sie sieht den heiligen Vater als Opfer einer lancierten Anti-Papst-Kampagne. Dagegen versuchen die Papsttreuen in die Offensive zu gehen, wofür sich diese und die konservativen Katholiken zu sammeln versuchen. Sie veranstalten Pro-Papst-Kundgebungen und formieren und vernetzen sich. Die Gründung des rechtsklerikalen »Arbeitskreis engagierter Katholiken« in der CDU im vergangenen Jahr hat hier eine ihrer Wurzeln.

Auch die Expansion des »KOMMA-Magazins« ins Internet in diesem Jahr muss wohl in diesem Zusammenhang gesehen werden. Überhaupt scheint »KOMMA« das Internet jetzt auch für sich entdeckt zu haben. Online-Anzeigen von »KOMMA« findet man neuerdings zum Beispiel bei einem Besuch der Websites von »PI-News«, der »Jungen Freiheit«, »Sezession im Netz« und »Blauer Narzisse«.

Geplant ist laut Angaben auf der Homepage ein eigenes Printmagazin mit dem Titel »KOMMA for Young« (KfY), das noch in diesem Jahr erscheinen soll. ■

Geert Wilders als »Königsmacher«?

In den Niederlanden wird über eine Minderheitsregierung verhandelt

Bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden am 9. Juni 2010 verlor die regierende »Christen Democratisch Appèl« deutlich an Zustimmung. Der Rechtspopulist Geert Wilders stieg mit seiner Partei dabei zur drittstärksten Kraft auf. Die Regierungsbildung gestaltet sich seitdem als schwierig.

Von Jeroen Bosch (alert!)

Ruud Lubbers, der von 1982 bis 1994 Ministerpräsident der »Christen Democratisch Appèl« (CDA; »Christlich-Demokratischer Aufruf«) war, tritt, nachdem die ersten Sondierungsgespräche zwischen den Parteien nach den Parlamentswahlen im Juni ergebnislos verlaufen waren, als Vermittler auf. Ziel ist es, zwischen der CDA und der liberalen »Volkspartij voor Vrijheid en Democratie« (VVD; »Volkspartei für Freiheit und Demokratie«) eine Koalitionsvereinbarung für eine Minderheitsregierung auszuhandeln, was nur mit Unterstützung der »Partij voor de Vrijheid« (PVV; »Partei für die Freiheit«) möglich ist. Die drei Parteivorsitzenden Mark Rutte (VVD), Maxime Verhagen (CDA) und Geert Wilders (PVV) erklärten schnell, dass sie zwar sehr unterschiedliche Ansichten über »die Natur und den Charakter des Islam« hätten, dies aber respektieren würden.

Dafür aber müssen sich VVD und CDA mit Wilders und seiner Partei arrangieren. Konkret bedeutet dies, dass sie jede Vereinbarung mit der PVV treffen müssten; dass diese ihre Politik unterstützt. Dafür müssten sie sich allerdings auch mit Wilders über die Punkte Abbau von Staatsausgaben, Immigration, Integration und Asyl und ›Law & Order‹ einigen, da Wilders dabei mit Sicherheit eigene Akzente setzen will. Sollte es eine Einigung geben, könnte es zur rechtesten Regierung in den Niederlanden seit dem Zweiten Weltkrieg kommen.

Königsmacher

Wilders Hoffnungen, der Königsmacher dieser Regierung zu werden, ist greifbar. Sein role-model dabei ist wohl Pia Kjaersgaard mit ihrer »Dansk Folkeparti« (DF; »Dänische Volkspartei«), die seit 2001 Stütze von bisher drei Minderheitsregierungen von Liberalen und Konservativen war und diese dazu brachte, die härtesten Einwanderungsgesetze in ganze Europa zu verabschieden. Wilders und Kjaersgaard kennen sich im Übrigen. Sie haben sich wiederholt getroffen und diskutiert, wie sie Unterstützer sein und gleichzeitig wichtige Akzente setzen können.

Bei einem Arrangement nach dänischem Vorbild würde Wilders einer der einflussreichsten Politiker im Land werden. Er wäre die Macht hinter den Kulissen. Da er beziehungsweise die unter seiner Kontrolle stehende PVV keine ministeriale Verantwortung haben wird, kann er Minister abzuschießen versuchen, wenn ihm deren Politik nicht gefällt. Ob er politikfähig ist, muss er indes nicht beweisen.

Macht kommt Wilders schon jetzt zu. Er nimmt an den Verhandlungen zwischen VVD und CDA über den Koalitionsvertrag teil, den er aber nicht unterschreiben muss, weil er nicht Teil der Regierung sein wird. Er ist auch dabei, wenn die Besetzung der Ministerposten diskutiert wird und kann seine Meinung einbringen, wenn es zum Beispiel um die Ernennung von Ministern mit einer doppelten Staatsbürgerschaft geht.

Vor einiger Zeit urteilte Rutte vom VVD noch über Wilders, dass dieser «die dunkelsten Ideen« hätte. Das war sogar noch bevor Wilders über Steuern auf Kopftücher schwadronierte und wahnhaft von der Deportation von Millionen von Muslimen aus Europa sprach. Unter der neuen Konstellation, wo Wilders gebraucht wird, erwähnt Rutte dessen »dunklen Ideen« nicht mehr. Einzig ein prominenter Liberaler, der vorherige Parlamentspräsident Frans Weisglas, sprach sich gegen die Rolle der PVV aus: «Der Ausschluss und die Diskriminierung einer Gruppe von Menschen in unserem Land, die Absicht, Steuern auf ›Kopftücher‹ zu erheben und eine ethnische Registrierung unserer Bürger vorzunehmen, gehört nicht in unseren Rechtsstaat.« Und nur ein einziger Ratsabgeordneter der PVV einer kleinen Stadt hat bisher aus Protest sein Amt abgegeben und die Partei PVV verlassen.

Von der Ablehnung der Politik Wilders durch Maxime Verhagens (CDA), der als früherer Außenminister regelmäßig mit diesem aneinander geriet, ist nichts geblieben. Sein Wille zur Macht lässt ihn seine Forderung vom Juni dieses Jahres vergessen, als er noch verkündete, es sollte kein Beigeben geben bezüglich der nicht rechtsstaatlichen Ideen der PVV – er zielte damit auf die Erhebung von Steuern auf Kopftücher ab, dem Verbot des Koran als auch der ethnischen Registrierung.

IFA im Aufbau

Zum Problem könnte im Übrigen für die mögliche zukünftige Regierung auch der Wunsch der PVV werden, den »Kampf gegen den Islam« zum Kern der Außenpolitik der Niederlande zu machen. Wilders bemüht sich derzeit darum, eine internationale anti-islamische Koalition aufzubauen in Form eines Netzwerkes mit dem Namen »International Freedom Alliance (IFA; »Internationale Allianz der Freiheit«). Mit Verbündeten aus den USA, Kanada, Großbritannien, Deutschland und Frankreich will er es bis Ende des Jahres verwirklicht haben. Auf Einladung der Bewegung »Stop the Islamisation of America« (»Stoppt die Islamisierung von America«) wird Wilders am »Ground Zero« in New York am 11. September 2010 sprechen – seine Rede ist Teil der Proteste gegen den Bau einer Moschee in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Standort des World Trade Centers, das 2001 von Islamisten zerstört wurde. Wilders hofft offensichtlich, diese Allianz im politischen Spektrum zwischen den traditionellen Konservativen und extrem rechter Gruppierungen positionieren zu können.

Gegenstimmen

In der Zwischenzeit wächst eine Opposition in der CDA heran, nicht nur ehemalige Minister und ältere Prominente votieren für ein Ende der Verhandlungen, sondern auch zahlreiche jüngere, jetzt aktive Stadträte sprechen sich gegen eine Kooperation mit Wilders PVV aus. Es wird spannend, wenn über die Ergebnisse der Verhandlungen, die nicht vor Ende September erwartet werden, auf einem Parteitag der CDA diskutiert und abgestimmt wird.

Inzwischen hat sich auch der deut-



sche Finanzminister Wolfgang Schäuble zu Wort gemeldet, dessen CDU mit der CDA über die »Europäische Volkspartei« verbunden ist. Schäuble bezeichnet die Politik Wilders als absolut falschen Weg in der Welt des 21. Jahrhundert und votiert dafür, jede Form von Xenophobie zu bekämpfen.

International gefragt

Dennoch wird Wilders auf Einladung von René Stadtkewitz, zeitweise Vorsitzender der CDU in Berlin Pankow und jetzt Landesvorsitzender (Berlin/Brandenburg) und stellvertretender Bundesvorsitzender der »Bürgerbewegung Pax Europa«, am 2. Oktober 2010 nach Berlin zu einer Konferenz reisen.

Drei Tage später wird Wilders, der »Königsmacher« und Kämpfer für »Law & Order« selbst wieder vor Gericht stehen. Damit wird der im Januar 2010 begonnene Prozess gegen ihn wegen Volksverhetzung fortgesetzt – erneut wird es ihm dabei unter breiter Anteilnahme der Medien gelingen, sich zum Opfer eines Schauprozesses zu stilisieren. Unterstützung erhält er auch von den rassistischen und faschistischen Fußballpöbel der »English Defence League« (EDL; s. DRR Nr. 121), die Wilders bei seinem Besuch in London begrüßten. Gemeinsam mit ihren niederländischen Verbündeten wird die EDL am 30. Oktober 2010 aus Solidarität mit Wilders in Amsterdam aufmarschieren. ■

Rassistische Trinkgelage

Rassistische Aktionen in Frankreich

In Frankreich fanden in den letzten Monaten mehrere öffentliche antimuslimische und antisemitische Trinkgelage statt.

Von Bernard Schmid

Seit etwa einem Jahr kommt in Frankreich, unter dem Namen »Riesen-Aperitif« (»Apéro géant«) eine Form von Partys unter freiem Himmel in Mode, die per Verabredung über Facebook organisiert werden und bei denen reichlich Alkohol fließt. Seitdem dabei am 12. Mai 2010 in Nantes ein junger Mann sturzbetrunken von einer Brücke fiel und zu Tode kam, stehen die Behörden dem Phänomen ablehnend gegenüber. Schnell entdeckten auch rassistische Aktivisten die Methode für sich. Am 18. Juni 2010 sollte ein »Riesen-Apéro mit Schweinewurst und Wein« in einem Pariser Stadtteil mit hohem Einwandereranteil, dem 18. Arrondissement, stattfinden – konzipiert als bewusste Provokation, da durch das kulinarische Angebot gläubige Muslime und gläubige Juden ausgeschlossen wurden. Aufgrund eines behördlichen Verbotes konnte die Veranstaltung jedoch nicht an dem geplanten Ort, in der Nähe einer Moschee, ausgerichtet werden. Als Ersatz hielten die Veranstalter eine Kundgebung mit 500 bis 800 Personen in der Nähe des Triumphbogens ab.

Rechtes Bündnis

Hinter den rassistischen Aktionen steckte maßgeblich der »Bloc identitaire« (BI) – eine außerparlamentarische, neofaschistische Aktivistengruppe, die 2003 als Nachfolgeorganisation der am 6. August 2002 verbotenen Vereinigung »Unité Radicale« (UR) gegründet wurde. Auch die Internetpublikation »Riposte Laïque« (»Die Gegenwehr der Laizisten«) rief dazu auf. Dieses, mutmaßlich überwiegend von LehrerInnen gelesene, Webmagazin wird von früheren Linken betrieben, die wie besessen von »der Bedrohung der Republik durch den Islam« schwadronieren und zu seltsamen Bündnissen neigen. Unter den mehreren hundert TeilnehmerInnen befanden sich auch Anhänger extrem rechter pro-israelischer Webpublikationen, wie Alexandre Gitakos, die in jüngster Zeit in Anlehnung an die deutschen »Autonomen Nationalisten« entstandenen »Nationalistes Autonomes«, Fußball-Hooligans vom »Kop Boulogne« des Pariser Clubs PSG und Anhänger der monarchistischen »Action française«.

In den folgenden Tagen und Wochen wurden auch Veranstaltungen in anderen französischen Städten angemeldet, aber verboten. Auffällig war besonders eine in Lyon geplante Initiative für einen »Riesen-Aperitif«. Dort verfügt der BI über eine sehr aktive Jugendgruppe unter dem Namen »Rebeyne!«, ein Lyoner Dialekt-Ausdruck für »Aufruhr« oder »Revolte«. Das Wort wurde durch eine Hungerrevolte in Lyon im April 1529 bekannt, die sich gegen Spekulationen mit Getreidepreisen richtete.

Einen der bislang letzten Anläufe für einen »Apéro géant« unternahm der »Front National« (FN). Dessen Jugendvereinigung, der »Front National de la Jeunesse« (FNJ), rief zunächst für den 8. Juli 2010 zu einem »Apéro« mit Schweinefleisch und Wein im westfranzösischen Nantes auf. Unter behördlichem Druck wurde die Anmeldung zurückgezogen, nachdem der FNJ mit rechtlichen Konsequenzen im Falle von Zwischenfällen oder Auseinandersetzungen gedroht wurde. Stattfinden konnte aber inzwischen ein anderes Gelage mit Schweinewurst und Wein unter dem Motto »Gegen die Islamisierung Frankreichs« am 16. Juli 2010 in Toulon. Dazu rief zunächst die bislang unbekannte Gruppe »Comité Toulon Nation« auf. Wenig später trat auch der FN als Mitveranstalter auf. Die Veranstaltung wurde nicht verboten, einige Dutzend Menschen hatten im Hafenbereich von Toulon daran teilgenommen. Noch in der Nacht auf den 17. Juli 2010 wurden Fotos von der Veranstaltung auf die Webseite von »Novopress«, der Nachrichtenagentur des BI, gestellt. Bereits am Nationalfeiertag, dem 14. Juli 2010, hatte in der Kleinstadt Marzy, im Westen der Region Bourgogne, ebenfalls eine solche Veranstaltung mit 60 bis 80 TeilnehmerInnen stattgefunden. Sie wurde vom regionalen Aufbauleiter des BI in der Auvergne, Claude Jaffres, mitveranstaltet. An ihr nahm auch der FN-Kandidat der letzten Regionalparlamentswahlen im März 2010, Marcel Stéphan, teil.

»Viel Schwein mitbringen«

Auch in anderen politischen Spektren entdeckte man inzwischen die »Apéro géant«. Am 3. August 2010 wurde bekannt, dass zwei junge Kommunalpolitiker der bürgerlichen Rechten in Orléans einen »Heimatabend« für den folgenden Tag organisieren wollten. Im Aufruf dazu hieß es: »Um sicher zu gehen, keine Probleme zu haben und nur Freunde zu empfangen, bitte ich darum, möglichst viel Schwein mitzubringen (geschlachtet vorzugsweise mit dem Hinterteil gen Santiago de Compostela gewendet), und ich werde Alkohol bis zum Abwinken bereit halten«. Die gegen Muslime gerichtete Stoßrichtung war eindeutig. Hauptorganisator war der Abiturient Martin Berthelot, ein Aktivist der rechtsliberalen Partei »Nouveau Centre«. Deren Vorstand kritisierte das Vorhaben; einem Parteiausschluss kam Berthelot durch Austritt zuvor. Angeblicher Co-Organisator war der 20-jährige Kommunalparlamentarier Quentin Thomas, der jedoch dementierte, eine aktive Rolle gespielt zu haben. Er gehört zur rechtskatholischen Kleinpartei »Mouvement pour la France«. In der Vergangenheit tätigte er umstrittene Äußerungen, indem er Abtreibungen mit dem Holocaust verglich und Homosexualität als widernatürlich bezeichnete. Die Initiative »Résistance Républicaine«, die am 2. Juni 2010 mit Unterstützung der »Riposte Laïque« als eine Art Vorfeldorganisation gegründet wurde, ruft nun für den 4. September 2010 zu einem »republikanischen Aperitif« in mehreren Städten auf. Er soll unter anderem in Paris, Bordeaux und Toulouse stattfinden. Es bleibt abzuwarten, ob daraus mehr als eine publicityträchtige Ankündigung wird. ■

Rechte Reisegruppe in Fernost

Internationales Treffen der extremen Rechten in Tokio

Hochrangige Politiker der extremen Rechten kamen Mitte August für eine Woche in Tokio zusammen. Ziel war es, den Grundstein für eine verstärkte internationale Kooperation zu legen. Auf dem Programm stand zudem ein Besuch des umstrittenen »Yakusuni-Schreins«.

Von Carsten Hübner

Auf Einladung der extrem rechten japanischen Vereinigung »Nippon Issuikai« haben sich vom 11. bis 18. August 2010 rund zwanzig führende Funktionäre europäischer Rechtsaußenparteien in Japan getroffen. Im Zentrum der Zusammenkunft stand eine mehrtägige »Konferenz der Nationalisten, Patrioten und Verteidiger der Identität ihrer Völker«. Auf der Tagesordnung fanden sich Themen wie die »Souveränität der Nationen und der Einfluss der Globalisierung«, die Alterung der Bevölkerung in Europa und Japan sowie deren »Auswirkung auf die Identität der Völker« oder der »psychologische Krieg«, der aus Sicht der Veranstalter weltweit gegen Nationalisten geführt werde.

Weltweite Premiere

Mit Blick auf den Charakter des Treffens hatte der Europaabgeordnete und Vizepräsident des französischen »Front National« (FN), Bruno Gollnisch, vorab auf einer Pressekonferenz von einer »weltweiten Premiere« und dem »Beginn eines interkulturellen Dialogs mit Ländern, die sich von den unseren sehr unterscheiden«, gesprochen. Er selbst stelle seinen Aufenthalt in Fernost deshalb unter das Motto »Patrioten aller Länder, vereinigt Euch«, so Gollnisch, der selbst fließend Japanisch spricht und mit einer Japanerin verheiratet ist. Zwischen 1981 und 2004 lehrte er unter anderem über japanische Zivilisation an der Universität Lyon.

Neben dem Franzosen, der gemeinsam mit dem inzwischen 82-jährigen FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen nach Tokio reiste, stammten auch fast alle anderen europäischen Teilnehmer aus dem Spektrum der am 24. Oktober 2009 in Budapest gegründeten »Allianz europäischer nationaler Bewegungen« (AENM). Gollnisch ist Präsident der AENM, das Amt des Stellvertreters hat der Parlamentarier des »Europäischen Parlament« (EP) und Chef der neonazistischen »British National Party« (BNP), Nick Griffin, inne.

Für die BNP war eigens ihr Vizechef Adam Walker ins Land der Morgenröte gekommen. Die ultranationalistische Partei »Jobbik« aus Ungarn vertrat deren Beauftragter für internationale Parteibeziehungen, Bela Kovacs. Weitere Teilnehmer stellten die neofaschistische italienischen Partei »Fiamma Tricolore« (FT), die »Allukrainische Vereinigung Freiheit« (Swoboda) und der »Partido Nacional Renovador« (PNR) aus Portugal, die ebenfalls der AENM angehören. Einzige Nichtmitglieder der AENM beim Treffen waren der völkisch-separatistische »Vlaams Belang« (VB) aus Belgien und die extrem rechte »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ), die vom Europaabgeordneten und Burschenschaftler Franz Obermayr repräsentiert wurde. Aus Deutschland war keine der Rechtsaußenparteien mit von der Partie.

Europäische Plattform

Beflügelt vom guten Abschneiden mehrerer Rechtsaußenparteien bei den Wahlen zum EP im Juni 2009 hat das offen extrem rechte Spektrum mit der Gründung der AENM vor knapp einem Jahr zum wiederholten Mal den Versuch unternommen, zu einer gemeinsamen europaweiten Plattform zu kommen. Perspektivisch geht damit die Hoffnung einher, sowohl das notwendige Quorum für eine offiziell anerkannte Europapartei als auch für eine Fraktion im EP zu erreichen. Beides würde sowohl im finanziellen als auch organisatorischen Bereich erhebliche Vorteile bringen. Zuletzt war ein vergleichbares Projekt, die Europafraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS), nach nur elf Monaten im November 2007 an internen Querelen zerbrochen.

Derzeit verfügen die beteiligten Parteien im EP zusammengenommen allerdings nur über acht Abgeordnete. Weitere vier Mandate könnten die FPÖ und der »Vlaams Belang« mit je zwei Abgeordneten beisteuern. Für eine Fraktionsgründung notwendig wären jedoch mindestens 25 Parlamentarier aus sieben Staaten der Europäischen Union. Etablierteren Rechtsparteien wie der italienischen »Lega Nord« (LN), der »Slowakische Nationalpartei« (SNS) oder der »Dansk Folkeparti« (DF), ist es demgegenüber bereits gelungen, sich zur Fraktion »Europa der Freiheit und Demokratie« (EFD) zusammenzuschließen. Der EFD gehören gegenwärtig 31 Abgeordnete an.

Geschichtsrevisionismus

Organisiert wurde das Treffen im August von der 1972 gegründeten extrem rechten Organisation »Nippon Issuikai«, die kaum mehr als ein paar Hundert Mitglieder hat. Sie steht seit dem Jahr 2000 unter dem Vorsitz des 54-jährigen Mitsuhiro Kimura, der seit längerem Kontakte zum französischen »Front National« pflegt. Programmatisch unterscheidet sich »Nippon Issuikai« kaum von ihren europäischen Partnerorganisationen. Sie wettert gegen das »amerikanische Marionettenregime« im Land, bezieht revisionistische Positionen zur Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg und leugnet die begangenen Kriegsverbrechen. Folgerichtig stand bei dem internationalen Treffen auch ein Besuch des umstrittenen »Yasukuni-Schreins« auf dem Programm.

Traditionell wird dort, außer in diesem Jahr, auch von höchsten offiziellen Stellen den rund 2,5 Millionen Japanern gedacht, die seit 1853 in Kriegen ihr Leben ließen - unter ihnen auch eine große Zahl von Kriegsverbrechern, die nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Darauf angesprochen reagierte AENM-Chef Gollnisch schroff: »Es gibt die guten Kriegsverbrecher, das sind die Sieger. Und es gibt die schlechten Kriegsverbrecher: die Besiegten. 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werde ich mich nicht an dieser Rhetorik beteiligen, sie interessiert mich nicht.«. ■

»SVERIGEDEMOKRATERNA«

Bei den schwedischen Parlamentswahlen am 19. September 2010 deutet sich erstmals der Einzug der extrem rechten »Sverigedemokraterna« (SD) an. Laut einer Umfrage wollen 6,5 Prozent für die Partei stimmen. Schwerpunkte des »Wahlmanifests« der SD unter Jimmie Åkesson sind die schärfere Begrenzung von Immigration sowie härtere Strafen für Kriminelle. Der Fernsehsender »TV4« hatte sich geweigert, einen antimuslimischen Wahlspot der SD zu zeigen, strahlte ihn schließlich dennoch aus. Dänemarks rechte Regierung, die von der rassistischen »Dansk Folkeparti« toleriert wird, will nun Wahlbeobachter nach Schweden schicken, um dort angebliche »Zensur« zu beobachten. Schwedens amtierender Regierungschef Fredrik Reinfeldt (»Moderaterna«) schließt die Tolerierung einer konservativen Minderheitenregierung durch die »Sverigedemokraterna« nicht aus.

»Rechtspopulismus in der Arbeitswelt«

Von Ronny Hahn

Keine gesellschaftliche Gruppe ist immun gegen extrem rechte Orientierungen. Seit Jahren weisen Studien darauf hin und konstatieren die weite Verbreitung extrem rechter Einstellungen in der gesamten Gesellschaft. Die von einer Tübinger Forschungsgruppe um Josef Held und Seddik Bibouche bearbeitete Expertise »Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Eine Analyse neuerer Studien« konkretisiert den Forschungsstand durch die Analyse neuerer empirischer Studien. Schwerpunktmäßig wird die Anfälligkeit von ArbeitnehmerInnen für »Rechtspopulismus« untersucht. Dabei geht die Analyse über die Arbeitswelt hinaus und gibt einen Überblick über die Bandbreite von Ursachen und Faktoren, die rechtspopulistische Orientierungen und extrem rechte Einstellungen begünstigen.

Ob gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen besonders anfällig dafür sind, wird mit Abstrichen verneint. Die Studien bestätigen die Spiegelbildthese von Richard Stöss, wonach GewerkschafterInnen Teil der Gesellschaft sind und es keine Unterschiede in der Zustimmung zu extrem rechten Aussagen gibt. Allerdings stellen die Autoren die zunehmende Entkopplung von politischer Selbstverortung, Orientierung und politischem Inhalt fest. So scheint ein linkes Selbstverständnis kein Widerspruch zu Vorstellungen von Ungleichwertigkeit zu sein. Hieraus entstehe eine problematische politische Patchwork-Identität, die mit Versatzstücken rechter Orientierung zur Normalität werden könnte.

Die Expertise liefert einen sehr guten und lesbaren Überblick. Sie ist mehr als empfehlenswert. Auch wenn ein Vergleich der Studien schwierig ist, werden Zusammenhänge der unterschiedlichen Forschungsmethoden und Definitionen von »Rechtsextremismus« hergestellt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgezeigt sowie Hinweise auf Leerstellen gegeben. Weitere Forschungsvorhaben müssen an den sich daraus ergebenen Fragen arbeiten, um damit einen Beitrag gegen die Normalisierung des gesamtgesellschaftlichen Problems der extremen Rechten zu leisten. Letztlich geht es bei aller Forschungsarbeit immer um die Frage, welche Handlungsperspektiven sich aus den Ergebnissen für die Praxis ableiten lassen. Eine Veröffentlichung des Bandes als pdf-Download wäre wünschenswert, da die Expertise leider recht teuer ist.

Bibouche, Seddik; Held, Josef; Merkle, Gudrun: Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Eine Analyse neuerer Studien. Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeit und Soziales, Band 238: Düsseldorf, 2009, 166 Seiten, 20,- Euro.

Stieg Larsson

Von Ernst Kovahl

Millionen Menschen haben die Krimi-Triologie »Millennium« des schwedischen Autors Stieg Larsson gelesen. Rund 26 Millionen Exemplare seiner Bücher »Verblendung«, »Verdammnis« und »Vergebung« wurden bisher weltweit verkauft. Die Verfilmungen der Polit-Krimis wurden zu Kassenschlagern, erst jüngst lief in Deutschland der letzte Teil der Reihe in den Kinos. Der 2004 viel zu früh verstorbene Larsson ist heute einer der bekanntesten schwedischen Krimiautoren. Weniger bekannt ist aber Larssons langjährige Arbeit als politischer Journalist, Antifaschist und Aktivist linker Organisationen. Er war einer der weltweit besten Kenner der extremen Rechten, Mitbegründer der schwedischen antifaschistischen Zeitschrift »Expo« und wichtiger Autor und Interviewpartner für die antifaschistischen Zeitschriften Europas. Auch **DER RECHTE RAND** veröffentlichte ein Interview über RechtsRock mit ihm.

Nun hat der schwedische Journalist Jan-Erik Pettersson eine Biographie vorgelegt, die den Schwerpunkt auf Larssons politisches Leben legt. Das Buch schildert die Politisierung des 1954 in Nordschweden geborenen Larssons in der internationalistischen Bewegung und der »Neuen Linken«, die im Gefolge von '68 entstand. Bereits in den 1970er Jahren fielen ihm in Schweden Gruppen der extremen Rechten auf, so zum Beispiel die »Nordiska Rikspartiet«, über die öffentlich nichts bekannt war. Als Journalist für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften widmete er sich bald der kontinuierlichen Beobachtung der organisierten Rechten und nahm in den frühen 1980er Jahren Kontakt zum britischen Antifa-Magazin »Searchlight« auf. 1983 wurde er deren Skandinavienkorrespondent und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem der weltweit besten Kenner der Neonaziszene. 1995 gründete er gemeinsam mit anderen die bis heute existierende antirassistische und antifaschistische Zeitschrift »Expo« in Stockholm. Detailliert zeichnet das Buch die Themen und Recherchen Larssons nach und erzählt die Gründung der Zeitschrift. Der Band gewährt einen tiefen Einblick in Schwedens Gesellschaft und Geschichte und gibt einen guten Überblick über die Neonazi-Szene des Landes, wie er gegenwärtig in keiner anderen aktuellen deutschsprachigen Publikation zu finden ist. Vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen im September in Schweden ist das ausführliche Kapitel über den Aufstieg der extrem rechten »Svergiedemokraterna« höchst aktuell!

An einigen wenigen Stellen offenbart sich aber eine Distanz zu Larssons Leben und Politik, aus der sich Fehler und falsche Einschätzungen ergeben. Auf Schlampigkeit kann noch die falsche Bezeichnung des in Berlin erscheinenden »Antifaschistischen Infoblatts« – ein früher Kooperationspartner Larssons (!) – in Petterssons Biographie als »Anti-Infoblatt« zurückgeführt werden. Andere Stellen sind jedoch ärgerlich. So wird Schwedens autonome Antifa und radikale Linke in einigen kurzen Passagen von Pettersson exakt in jenem Zerrbild dargestellt, dass man auch in Deutschland zu Genüge kennt: »Hinter Masken« versteckte Extremisten im »schwarzen Block« ohne »Mitgliederverzeichnis« und »ohne ideologische Kategorie«, die in Schwedens Städten »sorgfältig geplante« Krawalle anzetteln… Larsson lehnte in Interviews das Vorgehen autonomer Gruppen zwar ab, verweigerte sich aber öffentlichen Distanzierungen. Trotzdem glaubt Pettersson, die autonome Antifa sei »der Schatten, der die Leute von Expo verfolgte«. Trotz dieser Kritik an einigen Passagen der Biographie ist das kurzweilig geschriebene Buch überaus lesenswert und sehr zu empfehlen.

Pettersson, Jan-Erik: Stieg Larsson. Eine politische Biographie, Aufbau Verlag: Berlin, 2010, 298 Seiten, 19,95 Euro.

»Andi ist ein Idiot!«

von Annelies Senf

Mandi und ihre Freundin Büsra sind von ihren Kumpels Paul und Dennis zum Public Viewing des WM-Fußballländerspiels Deutschland gegen Italien eingeladen. Was sie erwartet sind ein Meer aus Deutschlandfahnen und eine »Deutschland«-schreiende Menschenmasse. Bereits bei ihrer Ankunft bei der »Fußballparty« werden Mandi und Büsra angemacht, da sie keine Deutschlandfahne dabei haben. Eine Horde Jungs mit Deutschlandschals beschimpft Mandi und Büsra als »Spaghettifresser« und »Frauen haben beim Fussball (sic!) eh nix verloren …«. Büsra gehöre außerdem nicht dazu, da sie Türkin sei. Genervt verlassen beide die »Fußballparty« und gehen zu einem antirassistischen Fußballturnier.

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2010 hat die »an-

tifaschistische gruppe 5« aus Marburg den Comic »Mandi« herausgebracht, in dem sie sich kritisch mit den Themen Nationalismus, »Party-«Patriotismus und Sexismus auseinandersetzt. Am Beispiel der »Deutschlandfeierei« zeigt der Comic rassistische und national-chauvinistische Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung auf.

Bewusst ist der Comic in Gestaltung und Titel an die Comics »Andi« des »Landesamtes für Verfassungsschutz« (LfV) Nordrhein-Westfalens angelehnt.

Damit setzt die Gruppe auf kreative Weise dem Versuch des LfV, die Extremismustheorie im Kampf gegen den Rechtsextremismus erneut zu beleben und durch Bildungsarbeit an Schulen zu verbreiten, etwas entgegen.

Gedacht ist der Comic hauptsächlich für Schüler/innen, wobei ein Dilemma auftaucht, welches auch das LfV mit »Andi« hatte: In welchem Umfang sind so komplizierte ideologische Zusammenhänge wie Nationalismus, Patriotismus, Sexismus, Chauvinismus etc. erklärbar, ohne sie verkürzt darzustellen? Schüler/innen werden mit dem sehr textlastigen und ideologisch anspruchsvollen Comic einige Schwierigkeiten haben.

antifaschistische gruppe 5: Mandi. Comic gegen den Extremismusbegriff 5. Marburg, 2010, 28 Seiten. Bezug über: antifaschistische gruppe 5, c/o Infoladen, Metzgergasse 1b, 35037 Marburg. Kostenloser Download unter http://mandi. blogsport.de.

🕮 Völkische Kontinuität

Von Dominik Sehn

Teuer! Das ist wohl der erste sich aufdrängende Gedanke bei Entdeckung dieses Buches – doch leider kosten Bände in kleiner Auflage aus wissenschaftlichen Verlagen oft viel. Der Preis sollte aber nicht zwangsläufig davon abhalten diese Publikation zur Kenntnis zu nehmen. Uwe Puschner und G. Ulrich Großmann, seit Jahren anerkannter Kenner der völkischen Bewegung, legen mit »Völkisch und national« einen heterogenen Sammelband »zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert« vor, der auf eine gleichnamige Tagung im »Germanischen Nationalmuseum« in Nürnberg 2005 zurückgeht.

Die Autorinnen und Autoren zeigen das Fortbestehen derartigen Denkens im Detail und in gesellschaftlichen Sphären jenseits der extremen Rechten. Großmann setzt sich beispielsweise in seinem Beitrag unter anderem mit Manfred Gerner auseinander, der 1983 in der renommierten »Deutschen Verlagsanstalt« das Buch »Farbiges Fachwerk« veröffentlichte, dass erst nach 20 Jahren und mehrere Auflagen wieder vom Markt genommen wurde. Bei der »Fraunhofer-Gesellschaft« verlegte Gerner den Band »Formen, Schmuck und Symbolik im Fachwerkbau« (2003). Die vom Autoren darin vertretene Auffassung, Bauformen und Ornamente dieser Häuser wären auf Runen und frühgeschichtliche Symbole zurückzuführen, basierten, zeigt Großmann, auf Autoren der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts und deren pseudowissenschaftlichen Ausführungen, die determiniert waren durch ihren ideologischen Überbau. Andere Beiträge setzen sich mit der »Runenkunde« im Nationalsozialismus auseinander, dem Fortleben völkischer »Runengymnastik« unter anderen Vorzeichen, den Kontinuitäten des Externsteine-Mythos, dem Bild der Hexe im Neuheidentum oder der Frage, was überhaupt bekannt ist über die Religionen »unserer Ahnen« – Themenstellungen, die LeserInnen über die Jahre hinweg immer wieder (zumindest angeschnitten) auch im **DER RECHTE RAND** finden konnten. Darum gilt, wer sich mit neu-heidnischen und germanophilen Gruppen und Denken, mit (rechter) Esoterik oder allgemein völkischen Denken beschäftigt oder wem es schaudert bei manchen frühgeschichtlichen Deutungen (zum Beispiel im Reenactment oder in Reiseführern), der/dem sei dieses Buch empfohlen.

Großmann, G. Ulrich; Puschner, Uwe (Hg.): Völkisch und national. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, 2009, 429 Seiten, 74,90 Euro.

IMPRESSUM

Verlag **DER RECHTE RAND** GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
DER RECHTE RAND, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.